



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

09/2020 vom 08.05.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Wirtschaft.....	17
Energie.....	19
Digital.....	19
Forschung.....	20
Finanzdienstleistungen.....	21
Finanzen.....	22
Soziales.....	23
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	25
Umwelt.....	25
Justiz.....	26
Inneres.....	27
Bildung und Kultur.....	29
Information, Kommunikation und Medien.....	29
Veranstaltungen.....	30
Vorschau.....	33

### **Kommission; Unterstützung Westbalkan in der Coronakrise**

Die Kommission hat am 29.04.2020 die Mitteilung „Unterstützung des Westbalkans bei der Bekämpfung von COVID-19 und der Erholung nach der Pandemie“ vorgelegt. Die Mitteilung ist der Beitrag der Kommission zum EU-Westbalkan-Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU und der Westbalkanländer unter kroatischer Ratspräsidentschaft am 06.05.2020. Die Kommission kündigte mit der Mitteilung eine finanzielle Unterstützung der EU in Höhe von über 3,3 Mrd. EUR an, die gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger des Westbalkan mobilisiert werden soll. Mit diesem Paket sollen die unmittelbaren gesundheitlichen und daraus resultierenden humanitären Bedürfnisse im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie sowie die soziale und wirtschaftliche Erholung unterstützt werden. In der Mitteilung werden ebenfalls die allgemeinen Parameter der längerfristigen Unterstützung dargelegt, die später in diesem Jahr in Form eines Wirtschafts- und Investitionsplans für die Region vorgelegt werden. Ziel ist es, die langfristige Erholung voranzutreiben, das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und die Reformen in den Westbalkanländern zu unterstützen. Die Partnerländer des Westbalkan sollen dabei ihre Reformverpflichtungen weiterhin einhalten und greifbare Ergebnisse bei ihrer Umsetzung erzielen. Dies ist laut Kommission der Schlüssel zur Verwirklichung der europäischen Perspektive. Neben fortgesetzten Wirtschaftsreformen erfordert dies eine stärkere Konzentration auf die Rechtsstaatlichkeit, das Funktionieren der demokratischen Institutionen und der öffentlichen Verwaltung.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/3\\_en\\_act\\_part1\\_v4.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/3_en_act_part1_v4.pdf)

### **Rat; EU-Westbalkan-Gipfel – Erklärung von Zagreb**

Der EU-Westbalkan-Gipfel hat am 06.05.2020 in Form einer Videokonferenz stattgefunden. Ursprünglich war der Gipfel in Zagreb geplant. Die Führungsspitzen der EU verständigten sich auf die Erklärung von Zagreb, der sich die Partner im Westbalkan angeschlossen haben. In der Erklärung wird betont, dass die europäische Perspektive des Westbalkan weiterhin uneingeschränkt unterstützt wird. Die EU bekräftigt ihre Solidarität mit den Partnern im Westbalkan im Kontext der Coronavirus-Krise und ist weiterhin entschlossen, deren Anstrengungen zur Bekämpfung des Coronavirus-Ausbruchs und seiner Auswirkungen auf Gesellschaft und Wirtschaft aktiv zu unterstützen. Die EU und der Westbalkan erklären außerdem, gemeinsame Herausforderungen gemeinsam anzugehen und verfolgen zusammen das Ziel eines friedlichen, starken, stabilen und geeinten Europas. Der Westbalkan verpflichtet sich, dabei die europäischen Werte und Grundsätze zu wahren und die notwendigen Reformen umfassend und entschlossen durchzuführen. Die Aufstockung der EU-Hilfe wird an greifbare Fortschritte im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und bei den sozialen und wirtschaftlichen Reformen sowie an die Einhaltung der Regeln und Standards der EU durch die Partner im Westbalkan geknüpft sein.

<https://www.consilium.europa.eu/media/43774/zagreb-declaration-de-06052020.pdf>

### **Rat; Ernennung Generalsekretär des Rates Tranholm-Mikkelsen**

Der Rat hat am 30.04.2020 Jeppe Tranholm-Mikkelsen für eine zweite Amtszeit zum Generalsekretär des Rates ernannt. Der Ernennungsbeschluss wurde vom Rat im schriftlichen Verfahren gefasst. Dieser Beschluss wurde nach Konsultationen und der Videokonferenz der Mitglieder des Europäischen Rates am 23.04.2020 angenommen. Die neue fünfjährige Amtszeit von Tranholm-Mikkelsen läuft vom 01.07.2020 bis zum 30.06.2025. Tranholm-Mikkelsen ist seit dem 01.07.2015 Generalsekretär des Rates. Davor war er von 2010 bis 2015 Ständiger Vertreter von DNK bei der EU. Der

Generalsekretär des Rates unterstützt mit seinem ihm unterstellten Generalsekretariat sowohl den ER als auch den Rat bei der Arbeit.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/04/30/jeppe-tranholm-mikkelsen-appointed-secretary-general-of-the-council-for-second-term/>

C o r o n a

### **Kommission; EU-Forschungskommissarin Gabriel – Antwort auf Corona-Krise**

Am 24.04.2020 erklärte EU-Forschungskommissarin Mariya Gabriel, dass die Kommission erwäge, eine neue Forschungspartnerschaft zu Pandemien in das nächste Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“ aufzunehmen. Die Kommissarin erklärte dies anlässlich eines Austauschs im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des EP, der am 24.04.2020 per Videokonferenz geführt wurde. „Horizont Europa“ könne demnach eine neue Forschungspartnerschaft zur Pandemievorsorge und gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit erhalten. Man prüfe zurzeit entsprechende Schritte. Die Kommissarin führte weiter aus, dass sie die Missionsgremien sowie -beauftragten des „Horizont Europa“-Programms gebeten habe, zu prüfen, wie die unterschiedlichen vorgesehenen Missionen zur wirtschaftlichen Erholung nach dem Coronavirus und zur zukünftigen Verhinderung von Pandemien beitragen könnten. Die Kommission hat den Start sämtlicher Forschungsmissionen und neuer Industriepartnerschaften in „Horizont Europa“ für Januar 2021 vorgesehen. Die EU-Forschungskommissarin betonte in dem Zusammenhang abermals, dass für den Erfolg des Programms ein ehrgeiziges Budget notwendig sei. Zudem erwähnte sie, dass aktuell in der Kommission erwogen werde, eine spezielle neue hochkarätige Wissenschafts- und Innovationstaskforce zur Corona-Thematik einzurichten.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/itre/home/highlights>

### **Kommission; Hackathon – Lösungsvorschläge zur Covid-19-Krise**

Ca. 21.000 Teilnehmer aus der gesamten EU und darüber hinaus haben Ende April 2020 am sog. #EUvsVirus-Hackathon teilgenommen, der vom EU-Innovationsrat (EIC), einem Bestandteil des EU-Forschungsrahmenprogramms, organisiert wurde. Gesucht wurden auf Aufruf der Kommission Ideen, wie Europas Erholung von der Covid-19-Pandemie unterstützt werden könne. Von Teilnehmern aus DEU (389), ITL (320) und ESP (315) wurden die meisten Lösungsvorschläge eingereicht. 117 Vorschläge zum Kampf gegen die Pandemie wurden am 30.04.2020 von der Kommission sodann ausgewählt. Sie reichen von einem virtuellen Klassenzimmer, einer Plattform für Lieferketten medizinischer Produkte bis zu einem Patienten-Monitoring-System, das den physischen Kontakt zwischen Pflegern und Patienten minimieren soll. In den nächsten Tagen sollen der Finanzierungs- und Ressourcenbedarf der Gewinnerteams für die Entwicklung und Skalierung ihrer Ideen sowie die Finanzmittel und Ressourcen der Partner zusammengetragen werden. Vom 22. bis zum 25.05.2020 soll ein „Matchathon“ stattfinden, um den Bedarf mit den verfügbaren Ressourcen abzugleichen. Die Gewinner werden eingeladen, einer COVID-Plattform des EIC beizutreten, die Ende Mai starten soll, um Verbindungen zu Endnutzern, wie z.B. Krankenhäusern, zu erleichtern und Zugang zu Investoren, Stiftungen und anderen Finanzierungsmöglichkeiten aus der gesamten EU zu bieten.

<https://euvsvirus.org/results/>

### **Kommission; Horizon 2020; Weitere Forschungsmittel zu Coronavirus**

Die Kommission hat am 30.04.2020 über den Europäischen Innovationsrat (EIC), einem zentralen Element in der dritten Säule des Forschungsrahmenprogramms, zusätzliche 150 Mio. EUR zur Finanzierung „bahnbrechender Ideen“ von KMU in der Coronavirus-Forschung bereitgestellt. Damit können über das Accelerator-Pilotprojekt des EIC nun KMU und Start-Ups bei der Entwicklung und Einführung innovativer Lösungen für die Coronakrise unterstützt werden. Das zusätzliche Budget, das im überarbeiteten EIC-Pilotarbeitsprogramm festgelegt wurde, ist für Unternehmen mit Coronavirus-relevanten Innovationen bestimmt und kommt zu den 164 Mio. EUR hinzu, die bereits im Rahmen der letzten EIC-Acceleratorausschreibung angeboten wurden. Das zusätzliche Budget wird die besten Start-ups und KMU finanzieren, die sich auf den Aufruf mit Frist März beworben haben.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200430-forschung-von-kmu-und-start-ups\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200430-forschung-von-kmu-und-start-ups_de)

### **Kommission; Ausschreibungen Covid-19-Forschung; Horizon 2020**

Im Rahmen der Corona-Geberkonferenz am 04.05.2020, die von der Kommission zur Bekämpfung der Corona-Krise ausgerichtet wurde, hat die Kommission angekündigt, dass im Rahmen von Horizon 2020, dem EU-Forschungsrahmenprogramm, weitere neue Ausschreibungen zur Corona-Forschung folgen werden. Mit einer Veröffentlichung der Ausschreibungen wird im Laufe des Monats Mai gerechnet. Zu den seit Januar 2020 bereits durchgeführten Ausschreibungen sollen nun folgende hinzukommen: Ein Aufruf für coronabezogene Marie-Curie-Aktionen (individuelle Förderung für Forschende) in Höhe von 32,5 Mio. EUR, ein Call für Forschungsinfrastrukturen für den öffentlichen Gesundheitsbereich i.H.v. 15,5 Mio. EUR und ein Call in Höhe von 172 Mio. EUR zur Erweiterung bzw. Verlängerung bestehender Covid19-bezogener Forschungsmaßnahmen. Zudem sollen im Bereich der Risikofinanzierung der InnovFin-Fazilität für Infektionskrankheiten, verwaltet von der Europäischen Investitionsbank, rund 400 Mio. EUR bereitgestellt werden. Das Gesundheits-KIC im Europäischen Institut für Technologie (EIT) wird zusätzlich eine Mio. EUR für Coronaforschung mobilisieren und ein Projekt zu innovativen Robotik-Lösungen in der Pflege wird um 3,5 Mio. EUR aufgestockt werden.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/research\\_and\\_innovation/research\\_by\\_area/documents/ec\\_rtd\\_cv-pledging-event\\_factsheet.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/research_and_innovation/research_by_area/documents/ec_rtd_cv-pledging-event_factsheet.pdf)

### **Kommission; Covid-19-Krise; Unterstützung für Landwirtschaftssektor**

Die Kommission hat am 04.05.2020 ein Maßnahmenpaket verabschiedet, um die am stärksten von der Coronakrise betroffenen Sektoren der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu unterstützen. Zu den Sondermaßnahmen gehört die Beihilfe für die private Lagerhaltung im Milch- und Fleischsektor, die befristete Genehmigung selbstorganisierter Marktmaßnahmen der Marktteilnehmer in schwer getroffenen Sektoren sowie Flexibilität bei der Durchführung von Marktstützungsprogrammen. Dies war bereits am 22.04.2020 angekündigt worden. Zusätzlich hat die Kommission am 04.05.2020 vorgeschlagen, den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, Landwirte und kleine Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft mit Beträgen in Höhe von bis zu 5000 EUR bzw. 50.000 EUR aus Mitteln für die Entwicklung des ländlichen Raums zu entschädigen. EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski erklärte, er sei zuversichtlich, dass die verabschiedeten Maßnahmen eine spürbare Unterstützung bringen und bald eine gewisse Stabilität herbeiführen würden. In punkto Marktstützungsprogramme werde die Kommission (Generaldirektion Landwirtschaft) eine gewisse Flexibilität bei der Durchführung von Marktstützungsprogrammen für Wein, Obst und Gemüse, Tafeloliven und Olivenöl, Bienenzucht sowie des EU-Schulprogramms (Milch, Obst und Gemüse) walten lassen. Zudem werde eine befristete Abweichung von den EU-Wettbewerbsregeln gestattet sein. Nach Artikel 222

der Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation (GMO) kann die Kommission im Falle schwerer Marktungleichgewichte vorübergehende Ausnahmen von bestimmten EU-Wettbewerbsvorschriften zulassen. Sie hat nun solche Ausnahmeregelungen für die Sektoren Milch, Blumen und Kartoffeln erlassen. Die Kommission hat diese Maßnahmen nicht zuletzt auch infolge dringender Appelle vieler MdEP des Agrarausschusses des EP (AGRI) erlassen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_788](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_788)

### **Kommission; Coronakrise; Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Onlinebetrug**

Die Kommission hat am 30.04.2020 ein EU-weites Screening („Sweep“) von Onlineplattformen und Werbeanzeigen angestoßen. Durchgeführt werden die Kontrollen vom Netz für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC). „Die Kommission arbeitet unermüdlich an allen Fronten, um die europäischen Bürger vor dem tödlichen COVID-19-Virus zu schützen. Dazu gehört auch, sie vor böswilligen Betreibern zu schützen, die diese Pandemie nutzen, um ahnungslose Verbraucher online zu betrügen oder unangemessen hohe Preise zu erzielen“, erklärte EU-Justiz- und Verbraucherkommissar Didier Reynders. Dieses neue Screening, das speziell für den Coronavirus-Kontext entwickelt wurde, solle helfen, irreführende Inhalte, die gegen die EU-Verbraucherregeln verstoßen, zu identifizieren und zu beseitigen. Die Kommission hatte zudem mehrmals die größten Onlineplattformen (Allegro, Amazon, AliExpress, Microsoft/Bing, CDiscount, Ebay, Facebook, Google, etc.) dazu aufgerufen, Verbraucher in der Coronakrise besser vor Betrug im Internet zu schützen. Parallel dazu stand die Kommission auch mit mehreren Handelsverbänden in Kontakt, die die wichtigsten Organisationen des elektronischen Handels und der Online-Werbung vertreten, um „koordinierte und effiziente Maßnahmen“ zu gewährleisten.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200430-schutz-vor-online-betrug\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200430-schutz-vor-online-betrug_de)

### **Kommission; Neuer Bericht über Desinformationen zu Covid-19**

Der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) hat am 24.04.2020 erneut einen Bericht über Desinformationskampagnen im Zusammenhang mit Covid-19 veröffentlicht. Der Bericht gibt einen Überblick über aktuelle Falschmeldungen und ihre Urheber im Zeitraum vom 02.-22.04.2020. Nach Angaben des EAD ist es als bestätigt anzusehen, dass Kreml-freundliche Akteure und russische Staatsmedien eine koordinierte Kampagne betreiben mit dem Ziel, die EU und ihre Krisenbewältigung zu unterminieren und Verwirrung über Ursprung und Krankheitsbild des Virus zu stiften. Es gibt dem Bericht zufolge auch Beweise, dass offizielle chinesische Quellen – wenn auch in geringerem Maße als russische – versuchen, von möglicher Verantwortlichkeit für die Pandemie abzulenken und bilaterale Hilfe Chinas für andere Länder herausstellen. Desinformationskampagnen wurden auch auf das syrische Regime und den Iran zurückgeführt. Staatlich veranlasste Falschmeldungen bezweckten, so der EAD, die EU und ihre Partner als ineffektiv, zerstritten und zynisch im Kampf gegen Covid-19 darzustellen. Die Pandemie werde oftmals auch als Schwäche demokratischer Systeme präsentiert. In den Medien war im Vorfeld der Vorwurf erhoben worden, die Veröffentlichung des Berichts werde aufgrund von Druck aus China zurückgehalten. Der EAD wies das zurück. In der Sitzung des EP-Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten am 30.04.2020 erklärte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell, es sei zu unterscheiden zwischen Berichten für interne Zwecke und dem für die Veröffentlichung bestimmten Dokument. Letzteres sei nicht abgeschwächt worden. Der Bericht über Desinformationen in der Coronakrise ist der zweite dieser Art; der EAD hatte am 01.04.2020 eine Untersuchung des Zeitraums 20.-27.03.2020 veröffentlicht.

<https://euvsdisinfo.eu/eeas-special-report-update-2-22-april/>



### **Rat; informelle Videokonferenz der Minister für Telekommunikation**

Die Minister für Telekommunikation haben sich im Rahmen einer informellen Videokonferenz am 05.05.2020 über die Nutzung von Kontaktnachverfolgungs-Apps (sog. Tracking Apps) und elektronischen Kommunikationsdaten zur Bewältigung der Covid-19-Krise ausgetauscht. Es bestand Einigkeit, dass diese Apps von großer Wichtigkeit für die schrittweise Aufhebung der nationalen Maßnahmen zur Begrenzung der Pandemie, insbesondere hinsichtlich Grenzschließungen, sind. Ein koordinierter Ansatz und Interoperabilität seien deshalb notwendig. Darüber hinaus haben die Minister eine breitere Debatte über die Rolle des digitalen Sektors bei der Erholung nach der Pandemie geführt und dabei auch über Maßnahmen zur Schaffung von Anreizen für Investitionen in den Aufbau neuer digitaler Infrastrukturen mit sehr hoher Kapazität gesprochen. Der Ausbau einer leistungsstarken pan-europäischen digitalen Infrastruktur wurde als essentiell angesehen, und die Bedeutung des Förderinstruments Connecting Europe-Fazilität und des Programms DigitalEurope in diesem Zusammenhang herausgestellt.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/tte/2020/05/05/>

### **EP; Austausch mit Innovationskommissarin Gabriel zu Covid-19**

Am 24.04.2020 fand eine außerordentliche Sitzung des Industrieausschusses des EP (ITRE) statt, in dem die MdEP sich mit Forschungskommissarin Mariya Gabriel über das weitere Vorgehen der EU im Lichte der COVID-19-Krise austauschten. Kommissarin Gabriel erklärte, es mache sie sehr stolz, dass europäische Forscher geeint zusammenarbeiten, um der Pandemie entgegenzutreten. Die Kommission wolle die Anstrengungen der Wissenschaft bestmöglich unterstützen. Gabriel verwies auf die bisherigen Maßnahmen und Sonderausschreibungen im Rahmen von Horizon 2020 hin. Das Geld für Horizon 2020 stehe unabhängig von der Krise zur Verfügung und werde nicht allein verwendet, um die Krise zu bewältigen. Das Programm Horizon 2020 sei so solide aufgebaut, dass Dringlichkeitsmittel verwendet und gleichzeitig noch zusätzliche Projekte gefördert werden können. Zentrales Vehikel sei auch der Aktionsplan ERAvsCorona. Gabriel erklärte, dass die Kommission derzeit erwäge, eine spezielle hochkarätige Wissenschafts- und Innovationstaskforce einzurichten. Man müsse sich in diesen Zeiten aber auch mit dem Wiederaufbau beschäftigen. Ein Schlüssel zu einem nachhaltigen und integrativen Aufbau sei der Bereich der Forschung und Innovation. Der Wiederaufbau solle auch die digitale und ökologische Transformation unserer Gesellschaft beachten. Damit bleibe der wichtige Schwerpunkt der Kommission auf dem Green Deal. Wichtig sei ihr, dass öffentliche Investitionen auch nach der Krise in Forschung und Entwicklung fließen würden. Dabei sollen diese als strategische Schlüsselinvestitionen angesehen werden. Eine weit verbreitete Herausforderung liege in der öffentlichen Wahrnehmung, dass die EU nicht genug tue. Dieser Wahrnehmung müsse gemeinsam entgegnet werden. Dafür sei eine neue Website eingerichtet und der paneuropäische Hackathon ins Leben gerufen worden. Europa gehöre zur Avantgarde in der Impfstoffentwicklung. Man habe mehrere vielversprechende Ansätze. Durch die Hilfe der EIB habe man es den Unternehmen ermöglichen können, in Ruhe zu arbeiten und zu forschen. Der Druck einer Impfstoffproduktion sei riesig. Man wolle, dass der Impfstoff schnell hergestellt werde, aber man fordere auch, dass er für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich ist.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/itre/home.html>

### **EP; Austausch mit Industriekommissar Breton zu Covid-19**

Am 24.04.2020 fand eine außerordentliche Sitzung des Industrieausschusses des EP statt (ITRE), in dem die MdEP sich mit Binnenmarktkommissar Thierry Breton über das weitere Vorgehen der EU im Lichte der COVID-19-Krise austauschten. Angesichts dieser schweren Krise müsse die europäische Solidarität weiter hochgehalten werden,

erklärte Breton. Man denke an all diejenigen, die sich um die Gesundheit der Bürger bemühen, und gleichzeitig falle der Blick auf die verheerenden wirtschaftlichen Folgen und den nötigen Neustart nach der Krise. Die Kommission habe schnell und entschlossen reagiert, die Europäische Investitionsbank (EIB) sei involviert und die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes seien flexibler gestaltet worden. Man benötige einen europäischen Plan zum Aufbau der Wirtschaft. Für diesen Zweck halte er die Einrichtung eines Fonds für sinnvoll. Gleichzeitig handele es sich hier auch um eine tiefgreifende Veränderung in der EU-Industriepolitik hin zu mehr Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Damit vollziehe man eine radikale Veränderung. Ziel sei es, die Ökosysteme der einzelnen Industriezweige zusammen zu bringen und dafür zu sorgen, dass Forschungseinrichtungen, Ausbildungsbetriebe, Startups und KMU miteinander interagierten. Die Auswirkungen und vor allem die Probleme, die die Corona-Krise mit sich bringe, seien für die Industrie enorm. So sei die Lage sehr ernst. Besonders wachsam müsse man bei „feindlichen Investitionsstrategien“ gegen KMU sein. Viele Sektoren seien vollständig zum Stillstand gekommen. Daher sei ein EU-Wirtschaftsankurbelungsplan wichtig. Ziel sei dabei, eine widerstandsfähige grüne Volkswirtschaft aufzubauen. Der Europäische Rat werde den Fonds anstoßen. Berücksichtigt werden sollen dabei die unterschiedlichen geographischen Zonen und die regionalen Besonderheiten der einzelnen Industriezweige. Mit dem Fonds solle jegliche europäische Spaltung verhindert werden. Die Industriestrategie der EU müsse den entsprechenden Herausforderungen nun angemessen sein und man müsse z.B. die Herstellung und Produktion von Masken weiter vorantreiben. Man arbeite zurzeit an einer Autonomie für den Gesundheitsbereich, vor allem im Hinblick auf die Ausstattung mit persönlicher Schutzausrüstung von Menschen, die in diesem Bereich arbeiten. Man gehe davon aus, für den Wiederaufbau ungefähr 10% der europäischen Wirtschaftsleistung zu benötigen. Außerdem strebe man auch eine Direkthilfe für Unternehmen an, denen es besonders schlecht geht.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/itre/home.html>

### **Kommission; Geberinitiative mobilisiert über 7,4 Mrd. EUR zur Bekämpfung von SARS-CoV2**

Bei dem globalen Spendenmarathon zur Bekämpfung des Virus SARS-CoV2 wurden am 04.05.2020 über 7,4 Mrd. EUR mobilisiert. Die Mittel sollen in Diagnostik, Behandlung sowie Impfstoffe fließen und dazu dienen, weltweit einen schnellen und gleichberechtigten Zugang zur medizinischen Versorgung in diesen drei Bereichen zu gewährleisten. Zur Teilnahme hatte die EU gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und anderen internationalen Gesundheitsorganisationen aufgerufen. Mit der Geberinitiative sollen die von den G-20-Ländern angestrebten gemeinsamen Anstrengungen zur Pandemiebekämpfung umgesetzt werden, auf die sich diese am 26.03.2020 in einer außerordentlichen Sitzung geeinigt hatten. Mit der eingesammelten Summe wurde die Zielmarke von 7,5 Mrd. EUR leicht verfehlt. Die Kommission trug mit Zuschüssen über eine Mrd. EUR aus dem Programm Horizont 2020 und Garantien für Darlehen aus den Programmen RescEU (80 Mio. EUR), dem Soforthilfelinstrument „Solidarität im Dienst der Gesundheit“ (150 Mio. EUR) sowie den externen Instrumenten (170 Mio. EUR) bei. Russland und die USA folgten dem Aufruf nicht.

<https://EURpa.eu/global-response/>

### **EIB; EIB und CEPI unterzeichnen Beratungsvereinbarung zur Impfstoffentwicklung**

Am 29.04.2020 haben die Europäische Investitionsbank und die Koalition für epidemiologische Innovationen (EPIC) eine Beratungsvereinbarung abgeschlossen. Im Rahmen der Partnerschaft wird die Förderbank das Bündnis und seine Mitglieder



durch seine Kompetenzen aus dem InnovFin-Programm bei der strategischen Finanzplanung unterstützen. Ziel ist die beschleunigte Entwicklung und Bereitstellung von Impfstoffen im großen Rahmen. Damit steht die Partnerschaftsvereinbarung im Kontext mit der internationalen Geberkonferenz zur weltweiten Pandemiebekämpfung, die am 04.05.2020 gestartet ist. Bei dem 2017 in Davos gegründeten CEPI handelt es sich um einen Zusammenschluss von öffentlichen und privaten Forschungsinstituten sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Bekämpfung von viralen Erregern wie SARS-CoV-2, Ebola oder Lassa.

<https://www.eib.org/de/press/all/2020-105-eib-and-cepi-sign-an-advisory-agreement-to-accelerate-the-development-of-vaccines-against-infectious-diseases>

### **Kommission; EIT fördert COVID-19-Projekte mit sechs Mio. EUR**

Das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) fördert mit sechs Mio. EUR Projekte zur beschleunigten Bewältigung der COVID-19-Pandemie. Diese kommen 14 Forschungsclustern zu Gute, die verbesserte Diagnoseverfahren sowie technologische Innovation und Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben, z.B. bei der Erfassung der Gesundheitsdaten oder zur Bereitstellung von entsprechender Schutzausrüstung. Zudem hat das EIT die Seite EIT Health Community vs. COVID-19 gestartet, auf der sich Forscher und Unternehmen bei der Bekämpfung der Pandemie vernetzen können.

<https://eit.EURpa.eu/news-events/news/eit-health-pledges-eur-6-million-accelerate-covid-19-solutions>

### **Kommission; Covid-19: EMA startet Testverfahren von Remdesivir**

Die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) hat das Testverfahren des antiviralen Medikaments Remdesivir für den Einsatz bei COVID-19 gestartet. Da bisherige (Vor-) Studien erste positive Anzeichen für die Behandlung gezeigt haben, wird der damit verbundene Prozess in einem Schnellverfahren eröffnet. Obgleich das Medikament noch nicht in der EU zugelassen ist, kann es im Zuge von klinischen Studien Anwendung finden. Nach vollständiger Auswertung der Studien entscheidet die EMA nach einer Nutzen-Risikoabwägung über die Zulassung.

<https://www.ema.EURpa.eu/en/news/ema-starts-rolling-review-remdesivir-covid-19>

### **Kommission; EU lanciert Crowdfunding-Plattform zur Bekämpfung von Covid-19**

Mit der Kampagne #CrowdBeatsCorona möchte die EU Startups bei der Bekämpfung von COVID-19 unterstützen. Hierbei können Forschungsunternehmen ihre Projekte auf der Crowdfunding-Homepage „aescuvest“ präsentieren und um Finanzierung werben. Die Seite wurde vom Europäischen Institut für Technologie (EIT) eingerichtet und dient dazu, europaweit Investoren und Unternehmen zusammenzubringen, um medizinische Projekte zur Bekämpfung und Erforschung der Corona-Pandemie zu finanzieren. Aussichtsreiche Projekte in puncto SARS-CoV-2 sind z.B. ein Antikörper-Schnelltest sowie ein kontaktloser Test zur Feststellung des Virus.

<https://www.aescuvest.de/>

### **Kommission; Maskenlieferungen durch EU-Programm rescEU**

ESP, ITL und KRO erhalten Schutzmasken des Typs FFP-2 aus dem europäischen Katastrophenprogramm rescEU. Dies hat Janez Lenarčič, EU-Kommissar für Krisenmanagement, am 02.05.2020 bekannt gegeben. Bei rescEU handelt es sich um eine europäische Notfallreserve für medizinische Schutzmaterialien zur Bekämpfung von COVID-19. Diese werden durch ein Hilfeersuchen im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens den Mitgliedstaaten (MS) mit dem drängendsten Bedarf zugeteilt. Die Beschaffung und Vorhaltung der Materialien erfolgt dabei durch

die MS, für die Finanzierung kommt die EU zu 100% auf. ROM und DEU sind dabei die ersten beiden Staaten, die entsprechende Kapazitäten für diesen EU-Mechanismus eingerichtet haben.

[https://ec.EURpa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_785](https://ec.EURpa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_785)

### **EP; EP gewährt schutzbedürftigen Frauen Zuflucht**

Räumlichkeiten des EP in Brüssel wurden zu Notunterkünften für schutzbedürftige Frauen umgewidmet. Die Aktion geht auf eine Initiative von EP-Präsident David Sassoli zurück und wird in Zusammenarbeit mit lokalen Behörden (Samusocial) durchgeführt. Genutzt werden dabei die aufgrund von Home-Office ungenutzten Büros des Helmut-Kohl-Gebäudes, die in 100 Einzelunterkünfte umgewandelt wurden und aktuell von 60 Personen bewohnt werden. Damit werden den Brüsseler Sozialeinrichtungen zusätzliche Raumkapazitäten geboten, die durch die ansteigenden Fälle von häuslicher Gewalt und die gesteigerten Anforderungen durch die Wahrung der sozialen Distanz dringend nachgefragt wurden. Zudem unterstützt das EP Wohltätigkeitsorganisation mit Mahlzeiten aus den EP-Kantinen und Fahrdienste für medizinisches Personal.

<https://www.EURparl.EURpa.eu/committees/de/president-sassoli-s-visit-ep-kohl-buildi/product-details/20200427CAN54762>

### **Rat; Informelle Videokonferenz der EU-Innenminister**

Am 28.04.2020 tauschten sich die Innenminister der Mitgliedstaaten (MS) über die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Innenpolitik und zum Sachstand im Bereich Asyl und Migration aus. Einigkeit bestand über das Bedürfnis einer engen Koordinierung sowohl der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie als auch der schrittweisen Lockerung der Beschränkungen unter dem Vorbehalt der Beachtung der epidemiologischen Lage. Darüber hinaus tauschten sich die Minister über sogenannte Corona-Apps aus, die u.a. durch die Nachverfolgung von Kontakten zur Eindämmung der Pandemie beitragen könnten. Während solche Apps in einigen MS bereits eingesetzt werden, begegnet ein Einsatz andernorts noch großen Bedenken, insbesondere hinsichtlich des Datenschutzes. Die Minister erörterten ferner aktuelle Herausforderungen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, diese lägen insbesondere in den Bereichen Cyberkriminalität, Produktpiraterie, Verbreitung von Desinformation, Menschenschmuggel und Drogenhandel, und tauschten sich über ergriffene Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Phänomene aus. Zu den Themen Asyl und Migration erfolgte ein Meinungsaustausch, in dessen Rahmen Innen-Kommissarin Ylva Johansson zwar insbesondere DEU und LUX für die Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen von den griechischen Inseln dankte, angesichts des fortbestehenden Migrationsdrucks jedoch weiterhin europäische Solidarität trotz der aktuellen Pandemielage anmahnte. Zudem seien die Arbeiten am angekündigten neuen Pakt für Asyl und Migration, der neue Bewegung in die Verhandlungen um die gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik bringen soll, fast abgeschlossen. Die Minister hoben die außerordentliche Bedeutung des Pakts hervor, der u.a. einen klaren Handlungsrahmen zum Schutz der Außengrenzen bieten, eine gerechte Balance von Verantwortung und Solidarität und ein Konzept für die Seenotrettung enthalten müsse. Von Seiten der kroatischen Ratspräsidentschaft betonte Innenminister Davor Božinović, dass es zur Bewältigung der Herausforderungen im Bereich Migration einer raschen Umsetzung der gemeinsam mit den Ländern des Westbalkans beschlossenen Maßnahmen bedürfe.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=262>

### **Europol; Ausblick auf das Kriminalitätslagebild veröffentlicht**

Am 30.04.2020 veröffentlichte Europol einen Ausblick auf die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Lage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität. Der Bericht stützt sich auf Informationen über Ermittlungsverfahren in den Mitgliedstaaten und nimmt langfristige Entwicklungen anhand eines Drei-Phasen-Modells in den Blick. In der ersten – aktuellen – Phase zeigten sich Kriminalitätsformen, die eng mit den ergriffenen Lockdown-Maßnahmen verbunden seien, etwa Cyberkriminalität, Betrug und Produktpiraterie. In der zweiten Phase, nach einer Lockerung der Beschränkungen, sei mit einer Rückkehr zu Deliktsformen zu rechnen, die bereits vor der Covid-19-Pandemie verbreitet gewesen seien, jedoch nun durch die Pandemie beeinflusst würden. So bedürfe es angesichts der volatilen Lage an den Finanzmärkten und der weiter steigenden Attraktivität des Bausektors erhöhter Wachsamkeit im Bereich der Geldwäschebekämpfung, zudem sei angesichts weltweiter wirtschaftlicher Unsicherheit mit verstärkter irregulärer Migration, auch durch Menschenschmuggel, zu rechnen. Hinsichtlich der langfristigen Folgen der Pandemie in der dritten Phase sei die hohe Anpassungsfähigkeit der Täter im Bereich der organisierten Kriminalität hervorzuheben, die sich auch nach der globalen Finanzkrise gezeigt habe und die insbesondere eine Bedrohung für besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen darstelle. Europol werde weiter eng mit den Mitglieds- und Partnerstaaten zusammenarbeiten, um Bedrohungen frühzeitig erkennen und ihnen präventiv begegnen zu können.

[https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/report\\_beyond\\_the\\_pandemic.pdf](https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/report_beyond_the_pandemic.pdf)

### **Kommission; Bankenpaket mit vorübergehenden Lockerungen von Regelungen zur Steigerung der Kreditvergabe an Unternehmen und Haushalte**

Die Kommission hat am 28.04.2020 ein Bankenpaket mit diversen Lockerungen und Erleichterungen vorgeschlagen, um die Kreditvergabe von Banken an private Haushalte und Unternehmen in der gesamten EU zu erleichtern. Dieses Paket soll sicherstellen, dass Banken weiterhin Geld zur Unterstützung der Wirtschaft verleihen und dazu beitragen können, die erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus zu mildern. Es umfasst eine Mitteilung zur Auslegung der Bilanzierungs- und Aufsichtsvorschriften der EU sowie einen Vorschlag zu gezielten „Sofort“-Änderungen an den EU-Bankenvorschriften (Eigenkapitalverordnung (CRR)). Die darin vorgesehenen Lockerungen und Flexibilisierungen der derzeitigen Regeln sollen konsistent und einheitlich in der gesamten EU angewandt werden, so dass Banken und Aufsichtsbehörden EU-weit auf einem einheitlichen Level-playing-field (gleiche Wettbewerbsbedingungen) agieren.

[https://ec.europa.eu/info/publications/200428-banking-package-communication\\_en](https://ec.europa.eu/info/publications/200428-banking-package-communication_en)

### **EZB; Beschluss verschiedener geldpolitischer Maßnahmen gegen wirtschaftliche Folgen der Coronavirus-Krise**

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat auf der Sitzung des EZB-Rats am 30.04.2020 verschiedene geldpolitische Beschlüsse gefasst. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität werden unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,50% belassen. Der Zinssatz für gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (TLTRO-III-Geschäfte) wird im Zeitraum von Juni 2020 bis Juni 2021 auf 50 Basispunkte unter den durchschnittlichen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems gesenkt. Gleichzeitig wird der Zinssatz bei Geschäftspartnern, deren anrechenbare Nettokreditvergabe den Schwellenwert für das Wachstum der Kreditvergabe erreicht, 50 Basispunkte unter dem durchschnittlichen Zinssatz für die Einlagefazilität liegen. Es wurden zudem eine

neue Reihe nicht gezielter längerfristiger Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte (PELTRO) eingeführt. Dabei handelt es sich um sieben zusätzliche Refinanzierungsgeschäfte ab Mai 2020 bis Juli/September 2021. Die Ankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) werden so lange fortgesetzt, bis die Phase der Coronavirus-Krise überstanden ist, mindestens jedoch bis zum Jahresende. Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) werden im Umfang von monatlich 20 Mrd. EUR zusammen mit den Ankäufen im Zuge des zusätzlichen vorübergehenden Rahmens in Höhe von 120 Mrd. EUR bis zum Ende des Jahres fortgesetzt. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden bei Fälligkeit vollumfänglich wieder angelegt. Dies erfolgt so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.mp200430~1eaa128265.de.html>

### **Rat; informeller Energierat zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Energiesektor**

Auf einer informellen Sitzung des Energieministerrats am 28.04.2020 tauschten sich die Teilnehmer in einer Videokonferenz über die bereits getroffenen Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung während der COVID-19-Pandemie und über die Möglichkeiten des Energiesektors, bei der Erholung nach der Krise zu helfen, aus. Die Minister erkannten an, dass das europäische Energiesystem widerstandsfähig ist und dass derzeit keine Gefahr einer Unterbrechung der Energieversorgungssysteme besteht. Die Minister waren sich auch einig darüber, dass der Europäische Grüne Deal zusammen mit den nationalen Energie- und Klimaplänen eine wichtige Rolle bei der nachhaltigen Erholung der EU-Wirtschaft spielen kann. EU-Energiekommissarin Kadri Simson kündigte an, dass das überarbeitete Arbeitsprogramm der Kommission sich u.a. auf die Förderung von auf erneuerbaren Energien basierenden Technologien, die energetische Sanierung von Gebäuden und die Förderung innovativer Technologien konzentrieren werde. Im Anschluss an die Videokonferenz erklärte Simson, für die Zeit nach der Corona-Pandemie erkenne sie im Bereich des Energiesektors drei potentielle Schwerpunkte: Die Förderung der Gebäudesanierung, die Förderung von erneuerbaren Energien sowie Investitionen in innovative saubere Energietechnologien.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT\\_20\\_767](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_20_767)

### **Rat; Reaktionsmöglichkeiten auf die durch die COVID-19-Pandemie verursachte Krise in der Tourismus-Branche**

Die Minister für Fremdenverkehr tauschten sich in einer Videokonferenz am 27.04.2020 über die Maßnahmen für die Tourismusbranche auf nationaler und EU-Ebene aus. Es bestand unter ihnen eine breite Unterstützung für eine verstärkte Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Die Minister unterstrichen die Bedeutung einer abgestimmten Lösung für die Erstattung von Pauschalreisen, einschließlich Wertgutscheinen. Sie einigten sich darauf, dass es wichtig ist, EU-weit Informationen über die im Tourismus eingeleiteten Maßnahmen zu sammeln und sich für Best Practices einzusetzen. Die Kommission wurde bezüglich der rechtlichen Rahmenbedingungen für Reiseveranstalter ersucht, vorrangig an einem gemeinsamen Ansatz in der EU zu arbeiten, der vorläufig Flexibilität und Liquidität ermöglicht und ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen den Interessen der Reiseveranstalter und Kunden gewährleistet. Der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton betonte auf der Sitzung, dass Sofortmaßnahmen und



Geldmittel der Kommission mobilgemacht wurden, mit denen den Mitgliedstaaten kurz- und mittelfristig geholfen werden soll.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=259>

### **Kommission; Debatte über anstehende Entscheidungen zu Hilfen für den Tourismussektor**

Das Kommissarskollegium befasste sich am 29.04.2020 mit den Folgen der Corona-Pandemie für den Tourismus, der etwa 10% der Wirtschaftsleistung der EU ausmacht und in diesem Jahr Umsatzeinbußen von geschätzt 50% oder mehr hinnehmen muss. EU-Vizepräsidentin Vera Jourová wies daraufhin, dass die Länder im Süden Europas besonders stark betroffen seien. Mitte Mai plane die Kommission, eine umfassende Mitteilung zu kurzfristigen Hilfen für den Tourismussektor vorzulegen. Auch will die Kommission in diesem Zusammenhang beleuchten, wie ein Übergang zu einem nachhaltigen Tourismus aussehen könnte. Kritisch äußerte sich Jourová bezüglich einer Öffnung von Urlaubsdestinationen nur für bestimmte Nationalitäten. Dem stünde das Verbot der Diskriminierung aufgrund der Nationalität entgegen. In ihrer Mitteilung werde die Kommission auch eine Orientierung für eine schrittweise Rückkehr zu offenen Grenzen im Schengen-Raum geben.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200429-orientierungsdebatte\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200429-orientierungsdebatte_de)

### **Kommission; Genehmigung der Staatshilfe für Condor**

Die Kommission hat am 27.04.2020 die von DEU angemeldete staatliche Beihilfe für die deutsche Charterfluggesellschaft Condor für mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar erklärt. Es handelt sich bei der genehmigten Beihilfe um ein staatlich garantiertes Darlehen von der Kreditanstalt für Wiederaufbau in Höhe von 550 Mio. EUR. Nach Auffassung der Kommission stellt der Ausbruch des Coronavirus ein außergewöhnliches Ereignis dar, da diese beispiellose Situation nicht vorhersehbar war und erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Daher seien Sondermaßnahmen der Mitgliedstaaten zum Ausgleich von Einbußen, die auf die Coronakrise zurückzuführen sind, gerechtfertigt. Die Kommission hat zudem festgestellt, dass mit der deutschen Maßnahme ein Teil der Einbußen von Condor ausgeglichen werde, die unmittelbar aus dem Ausbruch des Coronavirus resultieren. Außerdem ist sie zu dem Ergebnis gekommen, dass die Maßnahme angemessen sei, da der vorgesehene Ausgleich nicht über die erlittenen Einbußen hinausgehe.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP\\_20\\_752](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_752)

### **Rat; Verkehrsrat zur schrittweisen Wiederherstellung der Mobilität**

In einer informellen Videokonferenz am 29.04.2020 reflektierten die Verkehrsminister der Mitgliedstaaten sowie der Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone die positiven Auswirkungen der „Grünen Vorfahrtsspuren“, wodurch Lieferketten auch in Zeiten der grassierenden COVID-19-Pandemie aufrechterhalten werden könnten. Darüber hinaus waren die negativen Konsequenzen der Pandemie für den Verkehrssektor, insbesondere die bisherigen durch die einzelnen Staaten verhängten Beschränkungen, Gegenstand der Konferenz. Schließlich erörterten die Teilnehmer mögliche Maßnahmen im Zusammenhang mit einer koordinierten und schrittweisen Lockerung. Dabei identifizierten sie mit Blick auf die Exit-Strategie der EU die dringende Notwendigkeit von sektorspezifischen Richtlinien.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=263>

### **Kommission; Modifizierung der Verordnung über die Durchführung von Luftverkehrsdiensten angesichts COVID-19**

Die Kommission hat am 29.04.2020 im Zuge der Vorstellung eines Maßnahmenpakets zum Verkehrssektor einen Verordnungsvorschlag vorgelegt, der den durch die COVID-



19-Pandemie stark betroffenen Luftverkehrssektor entlasten soll. Mit dem Verordnungsvorschlag bezweckt die Kommission, einzelne luftverkehrsbezogene Bestimmungen vorübergehend zu modifizieren. Damit sollen negative Folgen der COVID-19-Pandemie abgemildert und leichter bewältigt werden. Die befristeten Maßnahmen, die die Kommission in diesem Zusammenhang vorschlägt, umfassen die Erteilung von Betriebsgenehmigungen für Luftfahrtunternehmen bei finanziellen Problemen aufgrund der COVID-19-Pandemie, die Vereinfachung von Verfahren für die Auferlegung von Einschränkungen hinsichtlich der Ausübung von Verkehrsrechten zwecks Eindämmung der Pandemie, eine effizientere Vergabe von Bodenabfertigungsverträgen sowie eine Verlängerung der Bodenabfertigungsverträge bis zum 31.12.2021.

[https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/legislation/com\\_2020\\_0178.pdf](https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/legislation/com_2020_0178.pdf)

### **Kommission; Änderungsvorschlag zur Verordnung über Hafengebühren wegen COVID-19**

Die Kommission hat am 29.04.2020 im Zuge der Vorstellung eines Maßnahmenpakets zum Verkehrssektor einen Vorschlag zur Änderung der Verordnung zur Schaffung eines Rahmens für die Erbringung von Hafendiensten und zur Festlegung von gemeinsamen Bestimmungen für die finanzielle Transparenz der Häfen vorgelegt. Dieser soll den Mitgliedstaaten und Hafenbehörden die Flexibilität geben, Hafeninfrastukturgebühren für Hafennutzer aufzuschieben, zu senken oder aufzuheben. Dadurch soll den Reedereien, einschließlich derjenigen, die Fähren betreiben, Liquidität verschafft werden.

[https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/legislation/com\\_2020\\_0177.pdf](https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/legislation/com_2020_0177.pdf)

### **Kommission; Fristverlängerung für Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften zur Eisenbahnsicherheit wegen COVID-19**

Im Zuge der Vorstellung des Maßnahmenpakets zum Verkehrssektor am 29.04.2020 hat die Kommission vorgeschlagen, die Frist, innerhalb derer einige Mitgliedstaaten (MS) EU-Recht zu Eisenbahnsicherheit und Interoperabilität umsetzen müssen, um drei Monate zu verlängern. Angesichts des COVID-19-Ausbruchs hätten die meisten MS um eine Verschiebung der Umsetzung gebeten. Sie seien nicht in der Lage, die EU-Rechtsvorschriften innerhalb der bis zum 16.06.2020 laufenden Frist abzuschließen. Aus Gründen der Rechtssicherheit hat die Kommission eine Fristverlängerung befürwortet. Der Sektor soll damit zunächst Zeit und Ressourcen für die Regeneration von der COVID-19-Pandemie aufbringen können.

[https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/legislation/com\\_2020\\_0179.pdf](https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/legislation/com_2020_0179.pdf)

### **Kommission; Konsultation zur Ergänzung des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen zur Unterstützung der Wirtschaft**

Am 24.04.2020 hat die Kommission den Mitgliedstaaten (MS) einen weiteren Vorschlagsentwurf zur Konsultation übermittelt, um einen Aspekt des am 19.03.2020 verabschiedeten und am 03.04.2020 erstmals geänderten Befristeten Beihilferahmens zu klären. Dieser zur Konsultation übermittelte Änderungsvorschlag sieht die Möglichkeit vor, dass die MS unter bestimmten Bedingungen Unternehmen Darlehen zu günstigen Konditionen gewähren können. Damit soll die Wirtschaft während der COVID-19-Pandemie unterstützt und eine Wettbewerbsverzerrung im EU-Binnenmarkt verhindert werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex\\_20\\_754](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_20_754)

### **EP; Aussprache im LIBE-Ausschuss zu innerer Sicherheit und Datenschutz**

Im Rahmen einer Videokonferenz fand am 07.05.2020 eine Aussprache des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP mit Innen-

Kommissarin Ylva Johansson über Fragen der inneren Sicherheit in Zeiten der Covid-19-Pandemie und mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten (EDSB), Wojciech Wiewiórowski, sowie der Vorsitzenden des Europäischen Datenschutzausschusses (EDSA), Andrea Jelinek, zur Verwendung personenbezogener Daten bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie statt. EU-Innenkommissarin Johansson erläuterte, dass sich Kriminelle, insbesondere im Bereich der organisierten Kriminalität, rasch auf die Krise eingestellt hätten und diese gezielt ausnutzten, insoweit bedürfe es einer Stärkung des Europol-Mandats. Darüber hinaus schilderte Johansson die Lage in den Bereichen Grenzen, Asyl und Migration, betonte die Bedeutung eines koordinierten schrittweisen Vorgehens bei der Aufhebung der Binnengrenzkontrollen und warb für europäische Solidarität. Die wortnehmenden MdEP forderten ein konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten infolge der Covid-19-Pandemie und mahnten ein entschlossenes Handeln der Kommission im Bereich Asyl und Migration an. Dabei äußerten einige MdEP Zweifel, dass mit dem angekündigten neuen Pakt für Asyl und Migration die gegenwärtige Blockade im Rat in den Bereichen Asyl und Migration überwunden werden könne. Wiewiórowski betonte, dass die Verwendung personenbezogener Daten zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie ein wichtiges Werkzeug sei, dies dürfe jedoch nicht zu einer Absenkung des Datenschutzes in der EU führen. Zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie, etwa durch sogenannte Tracking-Apps, hob Wiewiórowski insbesondere die Bluetooth Low Energy-Technologie als im Hinblick auf den Datenschutz vielversprechenden Ansatz hervor. Dabei könnten ausgewählte Informationen, etwa Smartphone-Identifizierungsnummern, auf kürzeste Distanz übertragen werden. Jelinek hob hervor, dass Technologien zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie nur basierend auf Freiwilligkeit und daher dem Vertrauen der Bevölkerung breite Anwendung finden und erfolgreich sein könnten. Daher sei der Schutz personenbezogener Daten unerlässlich, wobei der EDSA für eine dezentrale Datenspeicherung plädiere. Entscheidend sei bei der Bekämpfung der Pandemie daher ein koordinierter Ansatz, ohne dass einzelne Mitgliedstaaten vortreschten. Zu diesem Zweck habe der EDSA Leitlinien zur Verwendung personenbezogener Daten bei Verwendung von Technologien zur Pandemie-Bekämpfung herausgegeben.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/libe-committee-meeting\\_20200507-1415-COMMITTEE-LIBE\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/libe-committee-meeting_20200507-1415-COMMITTEE-LIBE_vd)

### **Kommission; neue Online-Plattform für kulturelle und kreative Akteure**

Am 05.05.2020 hat die Kommission die Online-Plattform „Creatives Unite“ eröffnet, um Künstlern und anderen im Kultur- und Kreativbereich Wirkenden den Austausch über Informationen und potenzielle Maßnahmen im Zusammenhang mit der derzeitigen COVID-19-Pandemie zu erleichtern. „Creatives Unite“ bietet auch einen Raum für gemeinsame Erstellung und das Hochladen von Beiträgen zur gemeinsamen Lösungsfindung in der Corona-Krise. Der Start der Online-Plattform war bereits am 08.04.2020 in einer Videokonferenz der EU-Kulturminister von EU-Kommissarin Mariya Gabriel angekündigt worden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex\\_20\\_808](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/mex_20_808)

### **Kommission; „Schutzschirm“ zur Förderung von Forschung und Entwicklung**

Die Kommission hat am 29.04.2020 eine deutsche „Schirm“-Regelung zur Förderung von COVID-19-relevanter Forschung und Entwicklung genehmigt. Diese Maßnahme ist für die Herstellung essentieller Produkte zur Bekämpfung des COVID-19-Ausbruchs – etwa Impfstoffe, Arzneimittel, Beatmungsgeräte und Schutzkleidung – erforderlich. Die öffentliche Unterstützung erfolgt in Form von direkten Zuschüssen, rückzahlbaren Vorschüssen und Steuervergünstigungen.

## **EP; Sitzung zu den COVID-19-Reaktionen mit Verkehrskommissarin Adina Vălean**

Am 28.04.2020 fand eine Sitzung des EP-Verkehrsausschusses (TRAN) mit EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean statt. Die Kommissarin skizzierte die auf die einzelnen Verkehrsträger bezogenen Reaktionen der Kommission angesichts der COVID-19-Pandemie. In Bezug auf den Luftverkehr betonte sie, dass dieser von der Pandemie besonders stark betroffen und die Zahl der Flüge innerhalb weniger Wochen um 90% zurückgegangen sei. Die Kommission habe seit Beginn der Krise mit verschiedenen Akteuren zusammengearbeitet, um wirtschaftliche Einbußen zu minimieren. So wurden seitens der Kommission etwa Rechtsvorschriften vorgeschlagen, um die Fluggesellschaften vorübergehend von der „use-it-or-lose-it“-Regel – der Verpflichtung zur Nutzung von Slots für Starts und Landungen – zu befreien. Mit Blick auf den gesamten Verkehrssektor hob die Kommissarin hervor, dass ein koordinierter Ausstieg aus den Corona-Beschränkungen wichtig sei. Insbesondere müsse die Fragmentierung des EU-Binnenmarktes, die Diskriminierung und unverhältnismäßiges oder einseitiges Vorgehen einzelner Mitgliedstaaten (MS) vermieden werden. Hinsichtlich der Planungen für das restliche Jahr 2020 gab die Kommissarin an, dass nach wie vor die Umsetzung der Vorreiterstrategie für nachhaltige und intelligente Mobilität und zwei Initiativen zur Förderung alternativer Kraftstoffe für den Luft- und Schiffverkehr sowie ein Maßnahmenpaket für die Luftverkehrsdienstleister geplant sei. In der anschließenden Diskussion ging es u.a. um die Fahr- und Fluggastrechte in Zusammenschau mit der Liquidität der Fluggesellschaften. Insbesondere die Gutscheine für Passagiere, deren Flüge in der Corona-Krise ausgefallen sind, waren von großem Interesse. Die Kommissarin sprach sich für einheitliche Regelungen in Europa und die Ausgabe von Gutscheinen auf freiwilliger Basis aus. Hinsichtlich eines europäischen Reisegarantiefonds gab sie zu bedenken, dass der EU-Haushalt bereits jetzt schon sehr belastet sei. Sie ermutigte die MS, dem Beispiel DNK zu folgen, wo bereits ein nationaler Garantiefonds umgesetzt werde.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/tran-committee-meeting\\_20200428-0900-COMMITTEE-TRAN\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/tran-committee-meeting_20200428-0900-COMMITTEE-TRAN_vd)

## **Kommission; demographischer Wandel und ländlicher Raum zentral für eine nachhaltige Überwindung der Krise**

Der demographische Wandel und der ländliche Raum müssen bei der Bekämpfung der Covid-19-Pandemie besonders berücksichtigt werden. Dies hob die Vizepräsidentin der Kommission Dubravka Šuica im Anschluss an die informelle Videokonferenz der Arbeits- und Sozialminister hervor. So sei die demographische Struktur der Bevölkerung ein Faktor für die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie auf die jeweiligen Regionen und Mitgliedstaaten. Eine besondere Rolle käme hierbei dem ländlichen Raum aufgrund der gesteigerten Herausforderungen beim Zugang zur wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur wie Verkehr, digitale Angebote und soziale Dienste zu. Als wichtige Beiträge für eine nachhaltige Erholung und Entwicklung sieht Šuica die für dieses Jahr von der Kommission angekündigten Initiativen, wie den Report zum demographischen Wandel, das Grünbuch zum Thema Altern und die Langzeit-Vision für den ländlichen Raum.

[https://ec.EURpa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_20\\_815](https://ec.EURpa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_815)

### **Kommission; Ausfuhrgenehmigung für persönliche Schutzausrüstung angepasst**

Die Kommission hat am 24.04.2020 ein neues System für die Ausfuhren persönlicher Schutzausrüstungen (PSA) im Europäischen Amtsblatt in Form einer Durchführungsverordnung veröffentlicht. Damit wird die Liste der ausfuhrgenehmigungspflichtigen Produkte auf Masken, Brillen und Schutzkleidung reduziert und die geographische Ausnahmeregelung auch auf den Westbalkan ausgeweitet. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich zudem zur raschen Erteilung von Genehmigungen für Ausfuhren zu humanitären Zwecken. Die Maßnahmen sind nach wie vor auf 30 Tage befristet. Die Kommission hatte die Genehmigung für Ausfuhren von PSA bereits am 15.03.2020 eingeführt.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32020R0568&from=DE>

### **Kommission; Übernahme von Globus durch Signa und Central-Gruppe genehmigt**

Die Kommission hat am 24.04.2020 die gemeinsame Übernahme des Unternehmens Magazine zur Globus AG (im Folgenden: Globus; Schweiz) durch die Signa-Gruppe (Schweiz, AUT) und die Central-Gruppe (THA) genehmigt. Globus betreibt Kaufhäuser und Modegeschäfte in der Schweiz. Die Signa-Gruppe ist ein in DEU, BEL und AUT agierendes Immobilien- und Handelsunternehmen, das u.a. den Warenhauskonzern „Galeria Karstadt Kaufhof“ betreibt. Die Central-Gruppe ist ein international aktiver Konzern und insbesondere bekannt für ihre Premium-Kaufhäuser der KaDeWe-Gruppe.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX\\_20\\_736](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_20_736)

### **Kommission; Abschluss der Verhandlungen über neues EU-Mexiko-Freihandelsabkommen**

Am 28.04.2020 schlossen EU-Handelskommissar Phil Hogan und die mexikanische Wirtschaftsministerin Graciela Márquez Colín telefonisch die Verhandlungen über das neue Freihandelsabkommen ab. Hogan erklärte hierzu, dass das Vorantreiben eines offenen und fairen Handels von großer Bedeutung sei. Die Einigung sieht vor, dass alle Waren zollfrei zwischen der EU und Mexiko gehandelt werden können. Außerdem verpflichten sich die Parteien, die Auflagen des Pariser Klimaschutzabkommens zu erfüllen. Der Schutz von Menschenrechten und der Kampf gegen Korruption sind ebenfalls Inhalt des Abkommens. Im nächsten Schritt wird das Abkommen nun juristisch geprüft und in alle EU-Sprachen übersetzt. Danach ist der Weg frei für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_756](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_756)

### **Eurostat; Stärkster Rückgang des BIP seit 1995**

Nach einer von Eurostat veröffentlichten vorläufigen Schnellschätzung vom 30.04.2020 ist das saisonbereinigte BIP im Vergleich zum Vorquartal im ersten Quartal 2020 im Euroraum um 3,8% und in der EU um 3,5% gesunken. Dies waren die stärksten Rückgänge seit Beginn der Zeitreihe 1995. Im März 2020, dem letzten Monat des Referenzzeitraums, hätten die Mitgliedstaaten begonnen, weitgehende COVID-19-Einschränkungsmaßnahmen einzuführen. Im vierten Quartal 2019 war das BIP im Euroraum noch um 0,1% und in der EU um 0,2% gestiegen.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294712/2-30042020-BP-DE.pdf/b5034a48-912f-6c42-fa9c-75fc65c43061>



### **Kommission; Absturz der Indikatoren der wirtschaftlichen Einschätzung und der Beschäftigungserwartungen im Eurogebiet**

Nach dem am 29.04.2020 veröffentlichten Bericht der Kommission brach im Euroraum der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (Economic Sentiment Indicator, ESI) im April 2020 ein. Im Euroraum stürzte der ESI gegenüber dem Vormonat März 2020 um 27,2 auf 67,0 Punkte (Langzeitdurchschnitt: 100 Punkte) und in der EU um 28,8 auf 65,8 Punkte ab. Die Werte sind nahe an dem während der Rezession im März 2009 verzeichneten Tiefpunkt. Der Indikator der Beschäftigungserwartungen (Employment Expectations Indicator, EEI) fiel auf den niedrigsten jemals verzeichneten Wert (um 30,1 Punkte auf 637 und im Euroraum und um 30,1 auf 63,3 in der EU).

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/full\\_bcs\\_2020\\_04\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/full_bcs_2020_04_en.pdf)

### **Eurostat; Absatzvolumen des Einzelhandels im März 2020 gesunken**

Nach einer am 06.05.2020 veröffentlichten Einschätzung von Eurostat ist im März 2020 das Absatzvolumen des Einzelhandels im Vergleich zum Vormonat Februar im Euroraum um 11,2% und in der EU um 10,4% zurückgegangen. Im März 2020 hatten die von den Mitgliedstaaten eingeführten COVID-19-Einschränkungen zu erheblichen Auswirkungen auf den Einzelhandel geführt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank der Einzelhandelsindex im März 2020 im Euroraum um insgesamt 9,2% und in der EU um insgesamt 8,2%. Während das Absatzvolumen im März 2020 im Vergleich zum März 2019 bei Nichteisenerzeugnissen und Kraftstoffen für Kraftfahrzeuge sowohl im Euroraum als auch in der EU sank, nahm das Absatzvolumen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (Euroraum: +8,3%; EU: +8,1%) zu.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10294820/4-06052020-AP-EN.pdf/f1cfda40-fe3f-4d21-e8ae-e8821001f3fb>

### **Kommission; Wirksamkeit von handelspolitischen EU-Maßnahmen im Jahresrückblick**

Die Kommission hat am 30.04.2020 ihren Jahresbericht 2019 über Antidumping, Antisubventions- und Schutzmaßnahmen der EU veröffentlicht. Der Bericht beleuchtet die Auswirkungen der im Jahr 2019 eingeführten Maßnahmen und veranschaulicht die Wirksamkeit von Handelsschutzmaßnahmen bei der Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Markt. Nach den Ermittlungen der Kommission sind die handelspolitischen Schutzmaßnahmen der EU bei der Reduzierung unfairer internationaler Handelspraktiken effektiv. Im Jahr 2019 kam es im Durchschnitt zu einem Rückgang der unfairen Importe um 80%. Auch seien durch die 2019 verhängten Maßnahmen zum Schutze des fairen Handels 23.000 Arbeitsplätze mehr als im Jahr 2018 gesichert worden. Die meisten handelspolitischen Maßnahmen betraf Importe aus Ländern wie China (93 Maßnahmen), Russland (zehn Maßnahmen), Indien (sieben Maßnahmen) und den USA (sechs Maßnahmen).

[https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/may/tradoc\\_158733.PDF](https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/may/tradoc_158733.PDF)

### **EuGH; Schlussanträge zur Abschalteneinrichtung bei einem Dieselmotor in der Rechtssache C-693/18**

Am 30.04.2020 legte Generalanwältin Elenor Sharpston in der Rechtssache C-693/18 ihre Schlussanträge vor. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass die Verwendung von Abschalteneinrichtungen bei einem Dieselmotor, die die Wirkung von Emissionskontrollsystemen verringern, nach der Verordnung Nr. 715/2007 über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (EUR 5 und EUR 6) grundsätzlich unzulässig ist. Nur ausnahmsweise dürfe diese genehmigt werden, insbesondere wenn „die Einrichtung notwendig ist, um den Motor vor Beschädigung oder Unfall zu



schützen und um den sicheren Betrieb des Fahrzeugs zu gewährleisten“. Dieser Ausnahmetatbestand sei aber eng auszulegen. Nach ihrer Auffassung können nur unmittelbare Beschädigungsrisiken, die die Zuverlässigkeit des Motors beeinträchtigen und eine konkrete Gefahr bei der Lenkung des Fahrzeugs darstellen, das Vorhandensein einer Abschaltvorrichtung rechtfertigen. Das Ziel, den Verschleiß oder die Verschmutzung des Motors zu verzögern, falle nicht unter diesen Ausnahmetatbestand. Konkret handelt es sich um einen Fall vor dem „Tribunal judiciaire“ in Paris. Dabei geht es um den Volkswagen-Diesel-Motor EA 189, an dem 2015 erstmals eine umstrittene Abschaltvorrichtung entdeckt wurde. Der Ermittlungsrichter will vom EuGH u.a. Klarstellungen zur Definition und Tragweite von „Abschaltvorrichtungen“.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-693/18>

## E n e r g i e

### **EuRH; Sonderbericht zu den EU-Ausgaben für die Energieeffizienz von Gebäuden**

Der EuRH legte am 28.04.2020 seinen Sonderbericht „Energieeffizienz von Gebäuden: Kosteneffizienz sollte stärker im Vordergrund stehen“ vor. Nach Einschätzung des EuRH wird die Zuweisung öffentlicher Mittel für Energieeffizienzmaßnahmen in Wohngebäuden nicht durch Kosteneffizienzerwägungen bestimmt. Zwar habe die Kommission ihre Orientierungshilfen optimiert, trotzdem stünde bei EU-geförderten Projekten die Erzielung größtmöglicher Energieeinsparungen nach wie vor nicht im Vordergrund. Die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden nimmt nach dem EuRH eine Schlüsselrolle bei den Energieeinsparzielen der EU ein. Dies folge daraus, dass Gebäude den größten Anteil am Energieverbrauch ausmachten und das größte Energieeinsparpotential aufwiesen.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20\\_11/SR\\_Energy\\_efficiency\\_in\\_buildings\\_DE.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_11/SR_Energy_efficiency_in_buildings_DE.pdf)

## D i g i t a l

### **EP; Binnenmarktausschuss diskutiert mit Kommissarin Vestager**

Am 04.05.2020 hat der EP-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) mit Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission mit Zuständigkeit für ein Europa für das digitale Zeitalter, einen Austausch über die Reaktion der EU auf die Covid-19-Pandemie geführt. Kommissarin Vestager mahnte, beim Wiederaufbau nach der Krise nicht „die alte Welt“ wiederaufzubauen, sondern auf die grüne und digitale Transformation zu setzen. Die Pandemie habe gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung zur Bewältigung der Krise sei. Mit Blick auf sog. Tracking-Apps erklärte sie, entscheidend sei, ein entsprechendes Vertrauen in die Nutzung aufzubauen. Die Tendenz in der Kommission gehe derzeit zu einer dezentralen Datenspeicherung, weil damit der Schutz der Privatheit besser zu gewährleisten sei. Darüber hinaus betonte Vizepräsidentin Vestager, der Aufbau der digitalen Infrastruktur und die Verbesserung der Konnektivität seien nun besonders wichtig. Dabei müsse auch auf die Sicherstellung der Cybersicherheit und den Aufbau der digitalen Kompetenzen geachtet werden. Mit Blick auf den für das vierte Quartal 2020 angekündigten „Digital Services Act“ der Kommission erläuterte sie, dieser

Legislativvorschlag werde den digitalen Binnenmarkt weiter stärken und einen Rechtsrahmen für Onlineplattformen schaffen.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/imco-committee-meeting\\_20200504-1400-COMMITTEE-IMCO\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/imco-committee-meeting_20200504-1400-COMMITTEE-IMCO_vd)

### **EP; Vorstellung von Berichtsentwürfen zum geplanten „Digital Services Act“**

Das EP bereitet sich mit zwei Initiativberichten auf das angekündigte „Gesetz über digitale Dienste“ (sog. „Digital Services Act“ - DSA) vor. Der EP-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) hat sich am 04.05.2020 mit dem Berichtsentwurf von MdEP Alex Agius Saliba (S&D/MTA) befasst. Der Berichterstatter fordert in seinem Berichtsentwurf „Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts“, die Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr mit dem DSA umfassend zu überarbeiten. Allerdings soll von den derzeit geltenden Haftungsregeln der Richtlinie nicht abgewichen werden, d.h. es soll keine allgemeine Überwachungspflicht von Online-Inhalten eingeführt werden. Der Berichterstatter fordert außerdem, das neue Gesetz auf alle digitalen Dienste anzuwenden, und nicht nur auf Plattformen. Für systemrelevante Plattformen soll ein ex-ante Regulierungsmechanismus eingeführt werden. Leitprinzip des neuen Rechtsaktes soll sein: „Was außerhalb des Internets verboten ist, ist auch im Internet illegal“. Im Rechtsausschuss (JURI) präsentierte Berichterstatter MdEP Tiemo Wölken (S&D/DEU) am 07.05.2020 seinen Berichtsentwurf „Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen“. Der Berichterstatter fordert, im Rahmen des DSA eine Verordnung über vertragliche Rechte in Bezug auf den Umgang mit Inhalten vorzulegen. Diese soll u.a. die Grundsätze für die Moderation von Online-Inhalten, Beschwerdeverfahren und Verfahren der Streitbeilegung festlegen. Außerdem fordert er eine Europäische Agentur für den Umgang mit Inhalten, die Algorithmen prüft und die Einhaltung des DSA überwacht.

[https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014\\_2019/plmrep/COMMITTEES/IMCO/PR/2020/05-04/1203712DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/IMCO/PR/2020/05-04/1203712DE.pdf) (Bericht IMCO)

[https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014\\_2019/plmrep/COMMITTEES/JURI/PR/2020/05-07/1203569DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/JURI/PR/2020/05-07/1203569DE.pdf) (Bericht JURI)

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Forschungsrahmenprogramm; Europäischer Forschungsrat**

Am 27.04.2020 gab die Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission bekannt, dass 55 Forschungsprojekte im Rahmen des EU-Forschungs- und Innovationsprogrammes Horizon 2020 jeweils Zuschüsse in Höhe von 150.000 EUR für sog. „Proof-of-Concept“-Projekte des ERC (Europäischen Forschungsrats) erhalten. Insgesamt waren 146 Anträge eingereicht worden, was einer Erfolgsquote von rund 38% entspricht. Antragsberechtigt sind nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereits einen Grant des ERC erhalten haben. Die Projekte beschäftigen sich u.a. mit energiesparenden Hörimplantaten, der schnelleren und günstigeren Erkennung von krankheitserregenden Mikroorganismen oder der Entwicklung eines nachhaltigen und sozialen Unternehmens, welches sich mit der Verwaltung und ethischen Verteilung von gespendeten DNA-Daten an Wissenschaftler beschäftigt. Die nun ausgewählten Forscher mit Sitz in 17 Staaten werden u.a. daran arbeiten, weitere Geschäftsmöglichkeiten zu erkunden und Patentanmeldungen vorzubereiten. Gefördert werden unter neun deutschen Projekten auch das LONGSENSE-Projekt (neuartiger Biosensor für incRNA) und das STARE-

Projekt (Software-Toolkit für die automatische Identifizierung in atomarer Auflösung operando-Nanoskopie) der Technischen Universität Darmstadt in Hessen.

<https://erc.europa.eu/news/PoC-recipients-2020-first-round>

### **Kommission; Forschungsrahmenprogramm; Implementierungsstrategie für Horizont Europa**

Am 29.04.2020 hat die Generaldirektion Forschung und Innovation der Kommission den ersten Entwurf der Umsetzungsstrategie für das kommende Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa veröffentlicht. In einem gemeinsamen Entwurfsprozess bereitet die Kommission derzeit gemeinsam mit allen Mitgliedstaaten und Interessengruppen Arbeitsprogramme für Horizont Europa vor. Ein Teil dieser Vorbereitung betrifft die Definition der gewünschten Finanzierungsprioritäten im Rahmen des Prozesses der strategischen Planung. Ein zweiter Teil betrifft just die nun im Entwurf vorgelegte Strategie zur Implementierung. Diese soll den Rahmen für die Regeln und Prozesse über den gesamten Programmzyklus hinweg bilden. Hierzu beschreibt der Textentwurf auch die vorgesehenen Zeitpläne und Schritte im Jahr 2020. Das Dokument befasst sich mit folgenden vier Zielen: Maximierung der Auswirkungen der F&I-Maßnahmen; größere Transparenz und Vereinfachungen; Stärkung von Synergien mit anderen EU-Ausgabenprogrammen; Vereinfachter Zugang durch Digitalisierung und Outreach. Der Entwurf soll im Laufe des Jahres 2020 weiterentwickelt werden.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/research\\_and\\_innovation/strategy\\_on\\_research\\_and\\_innovation/documents/ec\\_rtd\\_implementation\\_strategy\\_he.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/research_and_innovation/strategy_on_research_and_innovation/documents/ec_rtd_implementation_strategy_he.pdf)

## Finanzdienstleistungen

### **EuGH; NFC-Funktion stellt gemäß der Zahlungsdienstrichtlinie ein Zahlungsinstrument dar**

Am 30.04.2020 stellte der zuständige Generalanwalt in der Rechtssache C-287/19 seine Schlussanträge. Diesen lag ein Vorabentscheidungsersuchen, welches sich mit der Auslegung der Zahlungsdienstrichtlinie (Richtlinie 2015/2366) befasste, zugrunde. Auf die Vorlagefragen führte der Generalanwalt aus, dass es sich bei der NFC-Funktion (Nahfeldkommunikation) einer personalisierten, multifunktionalen Bankkarte, mit der Kleinbetragszahlungen zu Lasten des verknüpften Kundenkontos getätigt werden können, unter Berücksichtigung der technologischen Neutralität der Richtlinie um ein Zahlungsinstrument handelt. Hat ein Kreditinstitut eine personalisierte, multifunktionale Zahlungskarte ausgegeben, die um die NFC-Funktion ergänzt worden ist, kann sich das Kreditinstitut auf die in Art. 63 Abs. 1 Buchst. a vorgesehene Ausnahmeregelung nur dann berufen, wenn es nachweist, dass es technisch nicht möglich ist, die Karte zu sperren oder ihre künftige Nutzung bei Verlust, Diebstahl, missbräuchlicher Verwendung oder nicht autorisierter Nutzung zu verhindern. Die nach Art. 52 Nr. 6 Buchst. a grundsätzlich bestehende Möglichkeit zur stillschweigenden Zustimmung zur Änderung der Rahmenbedingungen des Vertrages ist eng auszulegen und kann nicht angewendet werden.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=225999&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=5729468>

### **EuGH; italienische Steuerregelung zur Vermeidung der Doppelbesteuerung des Einkommens verstößt nicht gegen den Grundsatz der Freizügigkeit und das Diskriminierungsverbot**

Mit seinem Urteil vom 30.04.2020 in den verbundenen Rechtsachen C-168/19 und C-169/19 hat der EuGH entschieden, dass die italienische Steuerregelung, die sich aus dem Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen zwischen ITL und PTL ergibt, die Freizügigkeit nicht behindert und auch keine Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit darstellt. Der EuGH stellte unter Verweis auf seine bisherige Rechtsprechung klar, dass die Mitgliedstaaten (MS) im Rahmen von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung die Kriterien für die Aufteilung der Steuerhoheit zwischen ihnen festlegen können, da solche Abkommen nicht gewährleisten sollen, dass die Steuern in einem Staat niedriger sind als die in einem anderen Staat. Die MS können die Steuerhoheit u.a. nach Kriterien wie dem Kassenstaatsprinzip und der Staatsangehörigkeit aufteilen. Erfolgt auf Basis dessen eine Ungleichbehandlung, liegt keine verbotene Diskriminierung vor.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-04/cp200054de.pdf>

### **EZB; Umfrage zum Kreditgeschäft für das erste Quartal im Jahr 2020**

Die Europäische Zentralbank (EZB) stellte am 28.04.2020 ihre Umfrage zum Kreditgeschäft für das erste Quartal 2020 vor. Das Ergebnis beruht auf einer Befragung von 144 Banken im Zeitraum vom 19.03.2020 bis 03.04.2020. Im ersten Quartal des Jahres wurden laut den Umfrageergebnissen die internen Kreditstandards der Banken zur Darlehensgenehmigung für Unternehmens-, Wohnungsbau-, Konsumenten- und sonstige Kredite für private Haushalte verschärft. Für das zweite Quartal wird aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen mit erheblichen Lockerungen der Kreditstandards für Unternehmen gerechnet, während die Standards für die Vergabe von Wohnungsbaukrediten an private Haushalte weiter gestrafft werden dürften. Die Nachfrage sowie die Inanspruchnahme von Krediten stieg aufgrund der Coronavirus-Pandemie stark an. Es wurden mehr kurzfristige Kredite nachgefragt und der Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen, Fusionen und Übernahmen nahm ab. Die Kreditnachfrage war bei Großunternehmen größer als bei KMU. Die von der EZB getroffenen geldpolitischen Maßnahmen haben sich nach Einschätzung der Banken positiv auf ihre Liquidationsposition sowie die Finanzierungsbedingungen am Markt ausgewirkt.

[https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb\\_surveys/bank\\_lending\\_survey/html/ecb.blssurvey2020q1~17a1b2b7d2.en.html#toc1](https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/bank_lending_survey/html/ecb.blssurvey2020q1~17a1b2b7d2.en.html#toc1)

### **Kommission; EuGH-Urteile sind für nationale Gerichte bindend**

Die Kommission bekräftigte am 05.05.2020 den Vorrang des EU-Rechts und die Tatsache, dass die Urteile des EuGH für alle nationalen Gerichte bindend seien. Die Kommission habe stets die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) bei der Umsetzung ihrer Geldpolitik respektiert. Die Kommission reagiert damit auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 05.05.2020, in dem dieses feststellte, dass die Anleihenkäufe der Notenbank in mehreren Punkten gegen das Grundgesetz verstoßen. Die EZB habe nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts nicht ausreichend unter Beweis gestellt, dass das über zwei Bio. EUR umfassende Anleihenkaufprogramm (Public Sector Purchase Programme – PSPP) verhältnismäßig sei. Denn obwohl die Käufe risikobehafteter Staatsanleihen massive wirtschaftspolitische Folgen für nahezu alle Bürger hätten, gebe es keine ausreichende demokratische Kontrolle der Maßnahmen. Das Gericht erklärte, die Bundesregierung hätte dagegen vorgehen müssen, dass die EZB ihre Beschlüsse nicht auf deren

Verhältnismäßigkeit überprüft habe. Der EZB-Rat müsse nun in einem neuen Beschluss darlegen, dass das Programm verhältnismäßig sei. Ansonsten sei es der Bundesbank untersagt, nach einer Übergangsfrist an den Käufen teilzunehmen. Ein offensichtlicher Verstoß gegen den Grundsatz der unzulässigen Staatsfinanzierung sei mit dem Aufkaufprogramm der EZB jedoch nicht gegeben.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200505-ezb-urteil\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200505-ezb-urteil_de)

### **Kommission; Starker Wachstumseinbruch der Wirtschaft für 2020 mit Erholungstendenzen im kommenden Jahr**

Nach der am 06.05.2020 veröffentlichten Frühjahresprognose der Kommission wird die Wirtschaft der EU im Jahr 2020 aufgrund der Coronavirus-Pandemie eine Rezession historischen Ausmaßes erleben. Es wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft des EUR-Währungsgebiets im Jahr 2020 um 7,75%, und damit stärker als je zuvor, schrumpfen und im Jahr 2021 um 6,25% wachsen wird. Für die EU wird ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Höhe von 7,4% in 2020 und eine Steigerung um 6,1% im Jahr 2021 prognostiziert. Die Coronavirus-Pandemie hat die Wirtschaft aller EU-Staaten getroffen. Allerdings dürften sich sowohl im Hinblick auf den Rückgang der Wirtschaft in diesem Jahr als auch die Stärke des Aufschwungs im Jahr 2021 deutliche Unterschiede zeigen. Die wirtschaftliche Erholung hängt zum einen davon ab, wie der einzelne Mitgliedstaat von der Pandemie betroffen ist und zum anderen von der Struktur der Volkswirtschaft und ihrer Fähigkeit, mit stabilitätspolitischen Maßnahmen zu reagieren.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip125\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip125_en.pdf)

## Soziales

### **EuGH; Einbehalt von Pensionssicherungsbeiträgen**

Am 07.05.2020 hat der EuGH die Schlussanträge der Generalanwältin hinsichtlich der Anwendbarkeit der EU-Richtlinien zur Entgelt- und Chancengleichheit sowie die EU-Grundrechtecharta bei der betrieblichen Altersvorsorge veröffentlicht. Geklagt hatte ein ehemaliger leitender Angestellter einer börsennotierten Aktiengesellschaft mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung, weshalb dieser von einer Änderung des Niederösterreichischen Landes- und Gemeindebezügegesetzes betroffen war. Diese wirkte sich in Form des Einbehaltes von Pensionssicherungsbeiträgen mindernd auf die mit ihm vereinbarte direkte Leistungszusage aus. Da von der Neuregelung überwiegend Männer über 60 Jahren betroffen sind, monierte er eine Diskriminierung nach Alter und Geschlecht. Die Generalanwältin sieht die fraglichen EU-Richtlinien und die Grundrechtecharta grundsätzlich anwendbar. Da der Pensionseinbehalt jedoch anhand einer gesetzlichen Grenze festgelegt sei, sieht sie keine unmittelbare geschlechtsspezifische Diskriminierung gegeben. Dabei räumte sie die Möglichkeit einer mittelbaren Diskriminierung ein. Auch bei der Frage der Altersdiskriminierung sieht die Generalanwältin den Anwendungsbereich des Unionsrechts in Form der Charta der Grundrechte der EU eröffnet. In ihren Ausführungen sieht sie einen solchen anhand eines Schwellenwert ermittelten Einbehalt unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gerechtfertigt, sofern diese eine dem Gemeinwohl folgende Zielsetzung wie dem Erhalt der Finanzierbarkeit des Rentensystems folge.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=4CB4BFE2BA6E03B980C648CCED34A135?text=&docid=226291&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=9228300>



### **Kommission; Jugendgarantie und Kurzarbeit sind wichtige Instrumente der Krisenbekämpfung**

Zur Überwindung der Krise ist die Bekämpfung der aufkommenden Arbeitslosigkeit ein zentrales Anliegen der Kommission. Dies betonte EU-Sozialkommissar Nicolas Schmit im Anschluss an die Videokonferenz der Minister für Arbeit und Soziales. Elementar sei hierbei die konstruktive Zusammenarbeit der Kommission sowie der Mitgliedstaaten und der Sozialpartner. Als wichtige europäische Instrumente zur Belebung des Arbeitsmarktes führte er die EU-Jugendgarantie sowie die EU-Initiative SURE an. Während die bereits bestehende Jugendgarantie derzeit für einen aktualisierten Vorschlag von der Kommission noch überarbeitet wird, zeichnet sich der Start von SURE für den 01.06.2020 ab. Mit der Einführung sollen Finanzhilfen in Höhe von 100 Mrd. EUR zur Finanzierung von Kurzarbeit zur Verfügung gestellt werden, um das Risiko von Arbeitslosigkeit zu lindern. In diesem Kontext erwähnte der Kommissar ebenfalls die bereits vorgestellten Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz unter Berücksichtigung entsprechender Maßnahmen zur Prävention von COVID-19 und kündigte eine neue Strategie für den beruflichen Gesundheitsschutz an.

[https://ec.EURpa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech\\_20\\_817](https://ec.EURpa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_20_817)

### **Kommission; Bericht zur Auswirkung der Pandemie auf die berufliche Kompetenzbildung**

Das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP) hat am 28.04.2020 einen Bericht zur Auswirkung von Corona auf die berufliche Kompetenzbildung und Laufbahnberatung (Lifelong Guidance) veröffentlicht. Hierfür wurden Experten aus dem Europäischen CareersNet befragt und die Ergebnisse ausgewertet. Im Fokus steht dabei der große Sprung, den die Digitalisierung in diesem Bereich, z.B. durch Online-Lernangebote, erfährt. Dies gehe einher mit der Notwendigkeit eines breit gefassten Instrumentariums an digitalen Kompetenzen. Zudem bedürfe es spezifischer Strategien, um besonders benachteiligte Gruppen zu erreichen und die Anforderungen bei IT-Sicherheit und dem Datenschutz zu gewährleisten.

[https://www.cedefop.EURpa.eu/files/2020\\_04\\_28\\_llg\\_and\\_pandemic\\_cnet\\_b.pdf](https://www.cedefop.EURpa.eu/files/2020_04_28_llg_and_pandemic_cnet_b.pdf)

### **Kommission; Förderaufruf zur EU Freiwilligeninitiative für humanitäre Hilfe**

Die EU hat einen Förderaufruf für die EU-Freiwilligeninitiative für humanitäre Hilfe veröffentlicht. Gegenstand sind Entsendungen und Praktika mit dem Ziel, die Katastrophenbekämpfung und -Prävention in den jeweiligen Staaten zu unterstützen. Hierbei besteht auch die Möglichkeit für Online-Freiwilligentätigkeit. Sich bewerbende Einrichtungen müssen bis zum 11.06.2020 zertifiziert sein oder eine Zertifizierung beantragt haben. Einzelne Personen müssen über 18 Jahre alt sein und sollten weniger als fünf Jahre Berufserfahrung aufweisen. Bewerbungsfrist ist der 01.07.2020.

[https://eacea.ec.EURpa.eu/node/25135\\_de](https://eacea.ec.EURpa.eu/node/25135_de)

### **Kommission; EU-Stiftung startet Wettbewerb für digitale Berufsbildungsangebote**

Die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF) hat den Wettbewerb „Innovation and Skills Award 2020“ ausgelobt. Dieser richtet sich an öffentliche und private Akteure im Bereich berufliche Bildung wie (Berufs-) Schulen, Universitäten oder sonstige Anbieter für entsprechende Lernvermittlung. Gesucht werden beispielgebende Projekte und Trainingsangebote im Kontext digitale Kompetenzen. Die Auswahl erfolgt in einem zweistufigen Verfahren: Einem vorgelagerten Online-Voting und der Kür nach einer live-Präsentation im Rahmen der EU Woche für Berufsbildung (EU Vocational Skills Week) im November 2020 in Berlin.

<http://ef.apply.sgizmo.com/s3/&nbsp;>

### **EP; Verkehrsausschuss mehrheitlich für Annahme des Mobilitätspakets I**

Der für Verkehrsfragenzuständige EP-TRAN-Ausschuss diskutierte am 28.04.2020 die Parlamentsposition zum Mobilitätspaket I, das Fragen zur EU-Richtlinie für die Entsendung von Kraftfahrern sowie zu den Verordnungen über Lenk- und Ruhezeiten und den Berufszugang behandelt. Mehrheitlich sprachen die MdEP für eine Zustimmung zu den Trilog-Ergebnissen aus, die der Rat bereits Ende 2019 angenommen hatte. In den Verhandlungen hatte sich das EP u.a. für klarere Regelungen bei der Bezahlung und den Ruhezeiten der Fahrer eingesetzt. Dies umfasste eine Maximaldauer für internationale Fahrten von drei Tagen, eine 60-stündige Ruhezeit der Fahrzeuge in den Ländern der Speditionssitze sowie ein festes Zeitintervall für die Heimkehr der Fahrer, mindestens alle vier Wochen. Zudem forderten sie den Einsatz digitaler Technologien, um zugleich die Anzahl von Straßenkontrollen zu vermindern und die Einhaltung der Vorgaben zu verbessern. Trotz des Rückhaltes im Ausschuss für die im Trilog erzielten Kompromisse warfen einige MdEP die Frage auf, ob die COVID-19 bedingte Situation nicht Nachverhandlungen erfordere. Die formellen Abstimmungen der Dossiers sind am 08.06.2020 im Ausschuss und im Juli-Plenum vorgesehen.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/de/tran-committee-meeting\\_20200428-1500-COMMITTEE-TRAN\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/de/tran-committee-meeting_20200428-1500-COMMITTEE-TRAN_vd)

## G e s u n d h e i t u n d V e r b r a u c h e r s c h u t z

### **Kommission; EU-Kampagne gesundheitlicher Arbeitsschutz**

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit (OSHA) hat ihre Vorkampagne zum Thema „Störungen des Bewegungsapparates“ gestartet. Dies ist der Schwerpunkt der jährlichen Europäischen Woche für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, die dieses Jahr im Oktober stattfindet. Die Vorkampagne soll Akteuren aus diesem Bereich die Möglichkeit geben, sich mit Hilfe von bereitgestellten Materialien an der Europäischen Woche zu beteiligen.

<https://healthy-workplaces.eu/en>

## U m w e l t

### **Kommission; Europäischer Grüner Deal als Wachstumsstrategie**

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in einer öffentlichen Videobotschaft am 28.04.2020 mit einem Appell dazu aufgerufen, den europäischen Grünen Deal als „Kompass aus der Coronakrise“ zu nutzen. „Jetzt, wo wir planen, Mrd. von EUR zu investieren, um unsere Wirtschaft und Arbeit wieder anzukurbeln, sollten wir nicht in alte umweltschädliche Gewohnheiten verfallen.“, erklärte von der Leyen. Sie forderte, den Green Deal als neue Wachstumsstrategie zu verstehen, der die Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen und die Lebensqualität verbessern sollte. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission und zuständig für den Green Deal, bestätigte beim 11. Petersberger Klimadialog am 28.04.2020, dass die Kommission wie geplant im September 2020 ihren Vorschlag für ein neues Klimaziel für das Jahr 2030 im Rahmen des EU-Klimagesetzes vorlegen werde. Timmermans hatte im Umweltausschuss des EP (ENVI) in der Vorwoche bereits bekräftigt, dass die Kommission entschieden am Green Deal festhalte, auch, um die europäische

Wirtschaft resilienter gegenüber künftigen Krisen zu machen. Die Klimakrise und die Krise der biologischen Vielfalt seien nicht verschwunden. Timmermans hatte beim Petersberger Klimadialog erklärt, dass die Kommission bei der Erarbeitung ihrer Folgenabschätzung zum Gesetz und ihrem ausstehenden Vorschlag zum Klimaziel für 2030 so voranschreiten werde, als wenn die nächste internationale Klimakonferenz (COP) - wie ursprünglich geplant - im November stattfinden würde.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200428-green-deal-kompass-aus-der-coronakrise\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200428-green-deal-kompass-aus-der-coronakrise_de)

### **EP; Beratungen zum Klimagesetz**

Trotz der Covid-19-Krise befasst sich das EP mit dem von der Kommission im März 2020 vorgelegten Entwurf für ein Klimagesetz. Dieses ist das zentrale Vehikel für den Europäischen Grünen Deal, einer der Leitinitiativen der Kommission für das gesamte Mandat. Die Berichterstatterin Jytte Guteland (S&D/SWE) arbeitet derzeit an ihrem Bericht zum Klimagesetz und wird diesen dem EP-Umweltausschuss (ENVI) voraussichtlich am 27.05.2020 vorlegen. Zu einem bedeutenden Element hat sich MdEP Guteland bereits jetzt festgelegt: Während die Kommission derzeit Zielvorgaben für eine Emissionsreduktion bis zum Jahr 2030 von 50-55% befürwortet, äußerte MdEP Guteland ihre Unterstützung für eine ambitionierte Emissionsreduktionszielsetzung von 65%. Ab Ende Mai werden die Beratungen im Ausschuss geführt werden.

## Justiz

### **Kommission; Einleitung eines weiteren Vertragsverletzungsverfahrens gegen POL**

Am 29.04.2020 hat die Kommission ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren gegen POL eingeleitet. Gegenstand des Mahnschreibens ist das Gesetz über das Justizwesen. Die darin vorgesehene Ausgestaltung des Disziplinarrechts für Richter berge die Gefahr der politischen Kontrolle von Gerichtsentscheidungen und gefährde die richterliche Unabhängigkeit. POL hat zwei Monate Zeit zur Stellungnahme.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_772](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_772)

### **EP; LIBE-Ausschuss berät über Situation in POL**

Im EP-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) fand am 23.04.2020 ein Austausch mit dem polnischen Justizminister, dem Justizkommissar Didier Reynders, der kroatischen Ratspräsidentschaft und dem polnischen Beauftragten für Bürgerrechte zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in POL statt. Die überwiegende Mehrheit der MdEP äußerten sich sehr besorgt über die aus Ihrer Sicht stetig zunehmende Einflussnahme der Exekutive auf die Justiz in POL. Kommissar Reynders betonte die Wichtigkeit einer stabilen und unabhängigen Justiz. Der polnische Beauftragte für Bürgerrechte sieht die Gefahr eines rechtlichen „Polix“, wobei POL zwar weiterhin nominal Mitglied der EU wäre, jedoch an Entscheidungen nicht mehr teilnehme. Soweit europäische Haftbefehle aus POL nicht mehr ausgeführt würden, zeige dies, dass bereits erste Schritte in diese Richtung gemacht seien (für DEU siehe OLG Karlsruhe, Beschluss v. 17.02.2020 - Ausl 301 AR 156/19). Der polnische Justizminister versicherte, es ginge allein um die Erhöhung von Akzeptanz und Effizienz der polnischen Justiz. Die kroatische Ratspräsidentschaft führte aus, weiterhin den Dialog mit POL führen zu wollen.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/en/libe-committee-meeting\\_20200423-1000-COMMITTEE-LIBE\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/en/libe-committee-meeting_20200423-1000-COMMITTEE-LIBE_vd)

### **Eurostat; 2019 ca. 300.000 Asylbewerber anerkannt**

Am 27. und 28.04.2020 legte Eurostat Statistiken über die Anerkennung von Asylbewerbern in der EU im Jahr 2019 vor. Danach sei in insgesamt 295.800 Fällen ein Schutzstatus anerkannt worden, was einem Rückgang um 6% gegenüber dem Vorjahr entspreche. Zudem hätten die Mitgliedstaaten 21.200 Geflüchtete im Rahmen von Umsiedlungen aufgenommen. In 141.100 Fällen (48%) sei der Flüchtlingsstatus anerkannt worden, in 82.100 (28%) subsidiärer Schutz und in 72.700 (25%) eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Unter den Personen, denen ein Schutzstatus zuerkannt wurde, waren wie bereits im Vorjahr syrische Staatsangehörige die größte Gruppe (78.600 Personen bzw. 27% aller Personen), gefolgt von afghanischen Staatsangehörigen (40.000 bzw. 14%) und venezolanischen Staatsangehörigen (37.500 bzw. 13%). Erneut ergingen die meisten positiven Entscheidungen in DEU (116.200 Fälle bzw. 39%), gefolgt von FRA (42.100 bzw. 14%), ESP (38.500 bzw. 13%) und ITL (31.000 bzw. 10%). Zudem wurden 13.795 Asylbewerber als unbegleitete Minderjährige eingestuft. 9.200 dieser Minderjährigen waren zwischen 16 und 17 Jahre alt (ca. 66%), 3.100 (22%) zwischen 14 und 15 Jahre alt und 1.500 (11%) unter 14 Jahre alt. Die meisten unbegleiteten Minderjährigen stammten aus Afghanistan (4.205 bzw. 30%), gefolgt von Syrien (1.370 bzw. 10%) und Pakistan (1.355 bzw. 10%). Die meisten von ihnen wurden 2019 in GRI registriert (3.300 bzw. 24%), gefolgt von DEU (2.700 bzw. 19%), BEL (1.200 bzw. 9%) und NDL (1.000 bzw. 8%). Insgesamt wurden im Jahr 2019 540.800 erstinstanzliche Entscheidungen und 293.200 endgültige Berufungsentscheidungen über Asylanträge gefällt. Dabei lag die Anerkennungsquote im Durchschnitt bei 31%, die höchsten Anerkennungsquoten in erster Instanz erreichten Staatsangehörige Venezuelas (96%), Syriens (85%), Eritreas (81%) und Afghanistans (54%).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10774038/3-28042020-AP-DE.pdf/c4826abe-d737-1cbd-cd1c-74c53958b9bb>

### **EuGH; Urteil: Verweigerung der Beförderung aufgrund unzureichender Reisedokumente verstößt für sich genommen nicht gegen Fluggastrechte-VO**

Mit Urteil vom 30.04.2020 entschied der EuGH in der Rechtssache C-584/18, dass die Verweigerung der Beförderung eines Fluggastes, weil dieser angeblich unzureichende Reisedokumente vorgelegt habe, für sich genommen dem Fluggast nicht den durch die Verordnung (EG) Nr. 261/2004 vom 11.02.2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen (Fluggastrechte-VO) gewährten Schutz entziehe. Vielmehr habe im Streitfall das zuständige Gericht zu beurteilen, ob für die Nichtbeförderung vertretbare Gründe vorgelegen hätten. Die Beurteilung, ob eine Einreise mit den jeweiligen Reisedokumenten möglich sei, sei jedoch den zuständigen Behörden und im Streitfall den zuständigen Gerichten vorbehalten und nicht Aufgabe der Luftfahrtunternehmen als Einrichtungen der jeweiligen Staaten. Daher könnten sich Passagiere gegenüber Luftfahrtunternehmen auch nicht unmittelbar auf den Beschluss Nr. 565/2014/EU vom 15.05.2014 zur Einführung einer vereinfachten Regelung für die Personenkontrollen an den Außengrenzen auf der Grundlage der einseitigen Anerkennung bestimmter Dokumente durch BUL, KRO, ROM und CYP für die Zwecke der Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet oder den geplanten Aufenthalt in diesem für eine Dauer von nicht mehr als 90 Tagen binnen eines Zeitraums von 180 Tagen als ihren einzelstaatlichen Visa gleichwertig (Visaanerkennungs-Beschluss) berufen. Der Entscheidung liegt der Fall eines kasachischen Staatsangehörigen zugrunde, der über eine zyprische Aufenthaltsgenehmigung verfügend von CYP nach ROM fliegen wollte. Noch am



Flughafen in CYP verweigerten ihm Bedienstete im Auftrag der rumänischen Fluggesellschaft die Beförderung wegen angeblich unzureichender Reisedokumente.  
<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=225997&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=6660898>

### **EuGH; Urteil: Bereitschaftsdienst bei ungarischer Grenzschutzeinsatzgruppe fällt grundsätzlich in den Anwendungsbereich der Arbeitszeit-RL**

Am 30.04.2020 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-211/189 UO gegen Készenléti Rendőrség, dass die Richtlinie 2003/88/EG vom 04.11.2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung (Arbeitszeit-RL) auch auf Beamte der ungarischen Bereitschaftspolizei, die für den Schutz der EU-Außengrenzen im Zusammenhang mit der Migrationskrise zuständig ist, anwendbar sei. Außer im Falle außergewöhnlicher Umstände fielen auch die Bereitschaftsdienste der betreffenden Beamten in den Anwendungsbereich der Arbeitszeit-RL. Dass die Tätigkeit der betreffenden Einheit der ungarischen Bereitschaftspolizei so spezifisch sei, dass sie auch unter normalen Bedingungen einer Arbeitszeitplanung im Sinne der Arbeitszeit-RL entgegenstehe, sei nicht vorgetragen. Die Prüfung, ob daneben besondere Umstände vorgelegen hätten, die eine Anwendbarkeit der Arbeitszeit-RL vorübergehend ausgeschlossen hätten, sei Sache des vorlegenden Gerichts. Der Entscheidung liegt die Klage eines Beamten der ungarischen Bereitschaftspolizei zugrunde. Dieser hatte sich gegen die Einstufung seines Bereitschaftsdienstes als Ruhezeit gewandt, für die er lediglich einen Bereitschaftszuschlag erhielt. Er beehrte die Einstufung seines Bereitschaftsdienstes als Arbeitszeit im Sinne der Arbeitszeit-RL, aus der ein Anspruch auf eine Zahlung für außerordentliche Dienste erwachse.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=225998&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=6660872>

### **Kommission; Aktionsplan zu Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung vorgelegt**

Die Kommission präsentierte am 07.05.2020 ihren neuen Aktionsplan für eine umfassende Strategie zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Der Entwurf sieht u.a. mehrere Legislativvorschläge vor, die im Anschluss an eine öffentliche Konsultation vom 07.05. bis 29.07.2020 im ersten Quartal 2021 vorgelegt werden sollen. Während die EU-Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung durch eine Vielzahl von Gesetzgebungsakten nicht erst in den vergangenen Jahren eine weitreichende Ausgestaltung erfahren habe, bedürfe dieser – wie von der Kommission bereits in ihrer von Berichten begleiteten Mitteilung vom Juli 2019 aufgezeigt – gleichwohl einer bedeutenden Verbesserung. Ziel der neuen Strategie ist ein System auf der Grundlage eines einheitlichen Regelungsrahmens und eines EU-Aufsichtsorgans, das eng mit den nationalen Behörden zusammenarbeiten soll. Der neue Aktionsplan soll auf den folgenden sechs Säulen aufbauen: Gewährleistung der wirksamen Umsetzung des bestehenden Rechtsrahmens, Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Einrichtung einer Aufsicht auf EU-Ebene, Aufbau eines Unterstützungsmechanismus für nationale zentrale Meldestellen für Geldwäsche-Verdachtsmeldungen (Financial Intelligence Units, FIUs), Durchsetzung der strafrechtlichen Bestimmungen und Informationsaustausch auf EU-Ebene sowie Stärkung der internationalen Dimension des EU-Rechtsrahmens zur Bekämpfung von Geldwäschen und Terrorismusfinanzierung. Darüber hinaus veröffentlichte die Kommission eine überarbeitete Methodik zur Ermittlung von Drittländern, von denen aufgrund mangelhafter Regeln zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung eine erhebliche Bedrohung für das EU-Finanzsystem ausgeht. Ziel ist die Schaffung von mehr Klarheit und Transparenz bei



der Ermittlung dieser Länder. Im Vorgriff auf die Umsetzung der überarbeiteten Methodik aktualisierte die Kommission am 07.05.2020 ferner im Wege der delegierten Verordnung die Liste der Drittstaaten von denen eine erhebliche Bedrohung für das Finanzsystem der EU ausgeht. Neu auf der Liste sind die Bahamas, Barbados, Botsuana, Ghana, Jamaika, Kambodscha, Mauritius, die Mongolei, Myanmar, Nicaragua, Panama und Simbabwe. Von der Liste gestrichen wurden Äthiopien, Bosnien-Herzegowina, die Demokratische Volksrepublik Laos, Guyana, Sri Lanka und Tunesien. Die öffentliche Konsultation betreffend den am 07.05.2020 präsentierten Aktionsplan endet am 29.07.2020.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_800](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_800)

[https://ec.europa.eu/finance/docs/law/200507-anti-money-laundering-terrorism-financing-action-plan\\_en.pdf](https://ec.europa.eu/finance/docs/law/200507-anti-money-laundering-terrorism-financing-action-plan_en.pdf)

## Bildung und Kultur

### **EuRH; Bewertung der EFRE-Hilfen für Kulturstätten**

Am 23.04.2020 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) in seinem Sonderbericht die Einschätzung, dass EFRE-Fonds die von ihnen geförderten Kulturstätten nur in sehr begrenzten Umfang unterstützen. Als Kritikpunkt führen die Rechnungsprüfer an, dass kulturelle Investitionen nicht als Priorität, sondern immer als ein Mittel zur Förderung wirtschaftlicher Ziele betrachtet werden müssen. Der Bericht untersuchte die finanzielle und materielle Tragfähigkeit von 27 Projekten in sieben Mitgliedstaaten, darunter DEU, FRA, KRO, ITL, POL, PTL und ROM. Das Augenmerk lag hierbei auf der EU-Hilfe zum Schutz und zur Entwicklung des europäischen Kulturerbes. Pietro Russo, Mitglied des EuRH, merkte an, dass fast die Hälfte der Kulturstättenprojekte ohne EU-Investitionen nicht umgesetzt worden wäre. Auf Grund des Mangels an thematischer Fokussierung sei jedoch weiterhin unklar, was die EU erreichen wolle. Die Prüfer bemängelten, dass die kulturelle Dimension nicht als Priorität für die EFRE-Finanzierung betrachtet werde, sondern weiterhin wirtschaftliche und soziale Aspekte in die Bewertung einfließen. Danach fänden, so die Prüfer, Investitionen in Kulturstätten nur statt, wenn sie zur Verbesserung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit oder zur Förderung der Entwicklung beitragen.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/NewsItem.aspx?nid=13620>

## Information, Kommunikation und Medien

### **Kommission; Stellungnahme zum deutschen Medienstaatsvertrag**

Die Kommission hat am 28.04.2020 ihre Stellungnahme zum neuen deutschen Medienstaatsvertrag abgegeben. Dieser ersetzt den bisherigen Rundfunkstaatsvertrag. Der Medienstaatsvertrag musste gemäß der Binnenmarkttransparenzrichtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission notifiziert werden. Im Rahmen eines Notifizierungsverfahrens prüft die Behörde, ob eine geplante nationale Maßnahme mit EU-Recht vereinbar ist; es handelt sich um ein präventives Verfahren. Die Stellungnahme enthält Bedenken der Kommission, steht einer Ratifizierung des Medienstaatsvertrags durch die Länder aber nicht entgegen. Die Stellungnahme wird nicht veröffentlicht.

[https://ec.europa.eu/growth/tools-](https://ec.europa.eu/growth/tools-databases/tris/de/search/?trisaction=search.detail&year=2020&num=26)

[databases/tris/de/search/?trisaction=search.detail&year=2020&num=26](https://ec.europa.eu/growth/tools-databases/tris/de/search/?trisaction=search.detail&year=2020&num=26)

## **Kommission, ERGA; ERGA-Bericht zum Verhaltenskodex gegen Desinformation**

Die Europäischen Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) haben am 04.05.2020 ihren Bericht über die Umsetzung des Verhaltenskodex gegen Desinformationen angenommen. Die ERGA zieht insoweit eine positive Zwischenbilanz, als der Kodex zum Aufbau einer neuen Beziehung zwischen den Unterzeichnern, der EU und den nationalen Regulierern geführt habe. Einige Plattformen hätten deutliche Anstrengungen unternommen, um den Kodex umzusetzen. Ungeachtet dessen kritisiert die ERGA, es bestünden noch maßgebliche Schwächen. So sei ein größeres Maß an Transparenz nötig, insbesondere mehr Daten der Plattformen darüber, wie sie den Kodex umsetzen. Auch hätten noch nicht alle wichtigen Plattformen den Verhaltenskodex unterzeichnet. Schließlich empfiehlt die ERGA, von dem bisherigen Ansatz der Selbstregulierung zu einem legislativen Instrument überzugehen. Der Kodex ist seit Oktober 2018 in Kraft und wurde von Facebook, Google, Microsoft, Mozilla, Twitter und sieben europäischen Branchenverbänden unterzeichnet. Die Kommission begrüßte den Bericht der ERGA. <https://erga-online.eu/>

## **V e r a n s t a l t u n g e n**

### **Hessen's Livestream: Desinformation in der Coronakrise – Wie reagiert die EU?**

Zum Thema Desinformation diskutierten im Livestream Lutz Güllner, Leiter Strategische Kommunikation im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), mit Hendrik Kafsack, FAZ-Korrespondent, am 04.05.2020 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel. Im Fokus stand u.a. der EAD-Bericht zu Desinformationen in der Coronakrise und die Reaktionen auf Vorwürfe wegen angeblicher Abschwächung des Berichts aufgrund chinesischer Einflussnahme. Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich wies in ihrer Begrüßung auf Personen und Staaten hin, die sich in diesem Spektrum betätigen, beispielsweise Russland mit bewusst falschen Behauptungen oder China mit lobenden Darstellungen bei der dortigen Bekämpfung des Ausbruchs der Pandemie. Lutz Güllner machte eingangs deutlich, dass sich in Zeiten von Corona das Volumen der Falsch- und Desinformationsmeldungen insgesamt erhöht habe. Dabei sei zwischen drei Kategorien von Falschinformation zu unterscheiden. Diese reichten von „aufgeregten öffentlichen Diskussionen“ in den sozialen Medien, die auch Falschinformationen enthalten können, über falsche Informationen mit schwerwiegenden Folgen, beispielsweise für die Gesundheit, die oftmals Teil von Verschwörungstheorien sind, bis hin zu Desinformationsaktivitäten durch gezielte Manipulationen. Diese Aktivitäten seien koordiniert und könnten auch von staatlichen Akteuren stammen. Der Charakter der Manipulation und Koordination sei für den EAD das entscheidende Abgrenzungsmerkmal. Insoweit würden sich beispielsweise Falschmeldungen aus den USA von Desinformationskampagnen aus Russland oder China unterscheiden. Daher konzentriere man sich vor allem auf die Desinformationsaktivitäten, die in der Regel ein Narrativ aufweisen, weil es immer in die gleiche Richtung weise, sagte Güllner. Ein aktuelles Beispiel hierfür sei, dass Demokratien und westliche Lebensweisen grundsätzlich nicht so gut mit Pandemien umgehen könnten, wie das etwa in anderen Systemen möglich sei. Dabei würde häufig diese Auffassung als vermeintlicher Mainstream der Meinungsäußerungen abgebildet. Eingesetzt würden verschiedene Hilfsmittel, die von banalen Lügen bis zu technischen künstlichen Meinungsäußerungen in großer Zahl, den so genannten „Bots“ (automatisierte Konten), reichen. Auf eine Zuschauerfrage nach der Herkunft der Desinformationsquellen nannte Güllner nicht nur Russland, allerdings habe hier die erste Ausrichtung ihren Ursprung. Ein wichtiger Akteur sei der staatlich finanzierte

Sender „Russia Today“. Nach wie vor sei hier ein großer Teil der aufgedeckten Manipulationen zu verorten. Güllner wies in diesem Zusammenhang auf die Entstehungsgeschichte seiner Abteilung hin und hob hervor, dass man allein aus der Ansiedelung dieses Dienstes bei dem EAD schließen könne, dass es wesentlich um Manipulationen außerhalb der EU gehe. Die USA kämen eher nicht in Betracht, weil man – zumindest bisher – noch keine staatlich koordinierten entsprechenden Aktivitäten wahrnehmen könne. Zuletzt seien vermehrte Aktivitäten des Islamischen Staates im Internet zu beobachten gewesen. Die Zuschauer interessierte auch, wie die Erfahrungen bei Wahlen mit Desinformationen seien. Diese Gefahr sei, so Güllner, bereits nachweisbar für die US-Präsidentschaftswahlen 2016. Aber auch bei den französischen Präsidentschaftswahlen seien plötzlich Statements von Macron im Netz gewesen, die nicht von ihm stammten. Er führte weiter aus, dass die Kommission und der EAD eng mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiteten, um vor Wahlmanipulationen zu schützen. Wahlen seien der Stresstest für die Demokratie. Im Fokus des Gesprächs stand auch der im April 2020 veröffentlichte Bericht der EAST StratCom Task Force des EAD über aktuelle Desinformationskampagnen zu Covid-19. Dabei ging es u.a. um den Vorwurf, dass der EAD den veröffentlichten Bericht auf chinesischen Druck hin abgeschwächt habe, obwohl zuvor eine schärfere Version des Berichts existierte. Güllner wies darauf hin, dass der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, vor dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des EP den Vorwurf zurückgewiesen habe. Güllner bekräftigte, es habe keine Änderungen an dem Bericht aufgrund Drucks von China gegeben. Richtig sei, dass es zwei Versionen gebe, eine interne und eine für die Veröffentlichung bestimmte. Interne Informationen von Partnern, mit denen man zusammenarbeite, müssten einerseits intern bleiben und andererseits müssten öffentliche Berichte hieb- und stichfeste Beweise enthalten, die sich auf öffentlich zugängliche Quellen zurückverfolgen ließen. Lutz Güllner deutete abschließend an, dass mit dem auf Freiwilligkeit basierenden Ansatz zur Bekämpfung von Falschmeldungen auf Onlineplattformen beachtliche Erfolge erzielt wurden. Das Herzstück aller Überlegungen müsse immer sein, die Verpflichtungen aller Akteure und besonders der Plattformen zu hinterfragen. Außerdem stelle sich die Frage, ob nationale oder europäische Gesetzgeber tätig werden müssten. Welche regulatorischen oder nichtregulatorischen Maßnahmen ergriffen werden sollen, diskutiere man derzeit in Brüssel (das Video zu der Veranstaltung können Sie hier abrufen: <https://staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa/hessen-europa/landesvertretung-bruessel/aktivitaeten-bruessel-2020/hessens-livestream-desinformation-der-coronakrise-wie-reagiert-die-eu> ).

### **Antisemitismus und Rassismus im Netz – die Antwort der EU**

Hessens Europaministerin Puttrich hatte am 05.05.2020 zu einer weiteren Veranstaltung im Rahmen der Reihe „Hessen’s Livestream“ in Brüssel eingeladen. Frau Puttrich unterstrich in ihrer Einführung zum Thema „Antisemitismus und Rassismus im Netz – die Antwort der EU“, dass sehr schnell aus dem im Internet geschürten Hass auch reale Taten werden könnten. Es diskutierten Katharina von Schnurbein, Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission, und Hendrik Kafsack, FAZ-Korrespondent in Brüssel. Auf eine Zuschauerfrage nach der Zunahme von Rassismus in Krisenzeiten betonte Frau von Schnurbein, man habe eine erhebliche Zunahme feststellen können. Das beziehe sich auf alle Arten von Extremismus z. B. gegenüber Migranten, Asiaten, Flüchtlingen und eben auch auf den Antisemitismus. Im Zusammenhang mit der Pandemie würden Verschwörungstheorien im Netz kursieren, vom Erzeugen des Virus in chinesischen Laboren über das Virus als eine „jüdische Kreation“, die zu illegalem Geldwerb dienen solle bis zur Vermutung, dass es ein solches Virus gar nicht gebe, sondern es sich um eine israelische Erfindung

handle. Der Antisemitismus würde sich wie das Virus verbreiten und dessen Bekämpfung sieht Frau von Schnurbein als Aufgabe aller, der EU, der Mitgliedstaaten (MS) und der Regionen. Wenn auch die Aufmerksamkeit sich meist auf Attentate wie Pittsburgh oder Halle konzentrierte, so sei doch aus ihrer Sicht auch bedrohlich, dass viele Menschen den o. g. Mythen Glauben schenken würden. Am Ende seien nicht nur Juden, sondern alle betroffen, wenn die EU, die Demokratie und ihre Institutionen insgesamt in Frage gestellt würden. Das führte zur Frage von Herrn Kafsack, ob man im Antisemitismus auch einen Aspekt des Misstrauens in Institutionen sehen könne. Frau von Schnurbein bezeichnete in diesem Zusammenhang den Kampf gegen Antisemitismus als Lackmus-Test für die Demokratie. Ein weiterer Zuschauer wollte wissen, ob sich Rassismus und Antisemitismus in allen MS gleich zeige oder ob es Unterschiede gebe. Frau von Schnurbein unterschied in ihrer Antwort zwischen den traditionell rassistisch-antisemitischen Milieus in einigen MS und dem Islamismus mit entsprechenden Tendenzen. Deshalb müsse man mit unterschiedlichen Strategien reagieren. Aus ihrer Sicht fange es schon damit an, dass sich Bedrohte fragen müssten, welche Metrostationen für sie sicher seien. Physisch würden sich aktuell jüdische Mitbürger in West- wesentlich stärker bedroht fühlen als in Osteuropa, was zu Fragen führe wie: Kann ich mein Kind sicher in diese Schule gehen lassen? Wie ist die Situation in der Synagoge und auf dem Weg dorthin? In dieser Hinsicht gebe es eben oft eine Diskrepanz zwischen dem staatlichen Handeln und der Realität auf der Straße und im Netz. Alle staatlichen und europäischen Maßnahmen müssten zum Ziel haben, jüdische Gemeinden vollständig in das Alltagsleben von Kultur und Gesellschaft zu integrieren. Es sei schlicht Realität, dass aufgrund von Vorfällen in öffentlichen Schulen jüdische Eltern seit dem Jahr 2000 ihre Kinder vermehrt auf jüdische Schulen schickten. Antisemitismus setze andererseits nicht einmal das Vorhandensein einer sichtbaren jüdischen Gemeinde voraus. Aus FRA würden seit Jahren bei 500.000 jüdischen Mitbürgern 4 – 5.000 Personen das Land verlassen, weil sie sich dort nicht mehr sicher fühlten. Rechtsextremismus, Islamismus und Antisemitismus seien große Bedrohungen für die Demokratie, die durch die Bildung entsprechender Netzwerke im Internet größer geworden seien. Auf die Zuschauerfrage zur Regulierung von extremistischen Botschaften im Netz antwortete Frau von Schnurbein, dass hier die EU über die weitest gehenden Ansätze verfüge: Das Netz sei kein rechtsfreier Raum, es gebe seit 2016 Verhaltensabkommen mit den großen Plattformen. Die MS würden immer mehr versuchen, entsprechende Täter zu ermitteln und auch zur Verantwortung zu ziehen. Ein anderer Zuschauer fragte nach der Zusammenarbeit der Antisemitismusbeauftragten der MS und der deutschen Länder. Diese habe sich bereits etabliert, unterstrich Frau von Schnurbein. Man treffe sich halbjährlich unter ihrem Vorsitz und tausche sich über Sicherheitsfragen, Best Practice, etc. intensiv aus. In den Förderprogrammen der EU sei Hauptzielgruppe bei der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus die Jugend. Es würden auch Fortbildungen für Polizisten zur Erkennung von Antisemitismus angeboten. 1,5 Mio. Juden lebten aktuell in der EU, aus Sicht der EU-Institutionen sei dieses Leben zu fördern. So werde man 2021 700 Jahre jüdisches Leben in DEU feiern. Abschließend gab es noch eine Zuschauerfrage zur Diskriminierung von Farbigen in Europa. Das sei ein sehr großes Problem aus Sicht von Frau von Schnurbein, weil hier alle Lebensbereiche betroffen seien (u.a. Arbeits- und Wohnungssuche). Diese Diskriminierung sei genauso zu bekämpfen wie der Antisemitismus (das Video zu der Veranstaltung können Sie in einigen Tagen hier abrufen: <https://staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa/hessen-europa/landesvertretung-bruessel/aktivitaeten-bruessel-2020>).

## Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### Rat

12.05.2020	informelle Videokonferenz der Verteidigungsminister
12.05.2020	informelle Videokonferenz der Gesundheitsminister
13.05.2020	informelle Videokonferenz der Landwirtschaftsminister
14.05.2020	informelle Videokonferenz der Eurogruppe (noch zu bestätigen)
15.05.2020	informelle Videokonferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten
15.05.2020	informelle Videokonferenz der Minister für Industrie und Binnenmarkt

### Europäische Kommission

13.05.2020	<p>Folgemaßnahmen zum Europäischen Fahrplan zur Aufhebung der Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Mitteilung zu Tourismus</li><li>• Gesundheits- und Sicherheitsprotokolle für die Haupt-Tourismusziele – Hotels und andere Beherbergung</li><li>• Handlungsempfehlung zu sicheren und gesunden Wiederaufnahme von Personenbeförderung</li><li>• Handlungsempfehlung zur Aufhebung von Binnengrenzen</li><li>• Mitteilung zur Prüfung der Anwendung der zeitlich befristeten Beschränkung nicht notwendiger Einreisen in die EU</li><li>• Empfehlung zu verlässlichen und attraktiven Reisegutscheinen als alternative Entschädigung</li></ul>
20.05.2020	<p>Europäisches Semester - Frühjahrspaket (länderspezifische Empfehlungen)</p> <p>EU Biodiversitätsstrategie für 2030</p> <p>Strategie „Hof zur Gabel“ („Farm to Fork“)</p>



## Europäisches Parlament

### Themen EP Plenarsitzung 13.-15.05.2020

- Schlussfolgerungen der außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates vom 23. April 2020
- Neuer MFR, Eigenmittel und Plan für den Wiederaufbau der Wirtschaft
- Notstandsgesetze in HUN und ihre Auswirkungen auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte
- Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für das Haushaltsjahr 2021
- Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten in GBR
- 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung
- Verwendung von Apps zur Ermittlung von Kontaktpersonen im Kampf gegen das Coronavirus
- Impfstoffe und Medikamente im Zusammenhang mit COVID-19
- Aufstellung eines MFR-Notfallplans als Sicherheitsnetz zum Schutz der Begünstigten von EU-Programmen
- Grenzüberschreitender Personenkraftverkehr in der Grenzregion; Kabotagebeförderungen zwischen DEU und der Schweiz
- Grenzüberschreitender Personenkraftverkehr in der Grenzregion: Kabotagebeförderungen zwischen ITL und der Schweiz
- Finanzhilfe für Partner in den Erweiterungs- und Nachbarschaftsländern aufgrund der COVID-19-Pandemie
- Befristete Maßnahmen in Bezug auf die Hauptversammlungen Europäischer Gesellschaften (SE) und die Generalversammlungen Europäischer Genossenschaften (SCE)
- Statusvereinbarung zwischen der EU und Montenegro über die Durchführung von Aktionen durch die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache in Montenegro
- Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere Parameter
- Mindestanforderungen für die Wasserwiederverwendung
- Einwand gemäß Artikel 112: Genetisch veränderte Sojabohnen der Sorte MON 87708 x MON 89788 x A5547-127
- Einwand gemäß Artikel 112 Absätze 2, 3 und 4c der Geschäftsordnung: Höchstgehalte an Rückständen von mehreren Stoffen, darunter Flonicamid, Haloxyfop und Mandestrobin
- Entlastungsbeschlüsse EU-Einrichtungen 2018

## Ausschuss der Regionen

In den nächsten zwei Wochen finden keine Sitzungen statt.

## Europäischer Gerichtshof

- 14.05.2020 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Eilvorabentscheidungsverfahren C-924/19 PPU und C-925/19 PPU (Országos Idegenrendészeti Főigazgatóság Dél-alföldi Regionális Igazgatóság): Asylverfahren in HUN
- 14.05.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-129/19 (Presidenza del Consiglio dei Ministri): Entschädigung der Opfer von Gewalttaten
- 14.05.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-663/18 (BS und CA): Vermarktung von Cannabidiol
- 14.05.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-181/19 (Jobcenter Krefeld): Ausschluss von EU-Bürgern von sozialen Grundleistungen

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 22.05.2020.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA